www.laender-analysen.de/russland

LÄNDER–ANALYSEN

Nr. 414 | 22.02.2022

Russland–Analysen

Aufmarsch an der Grenze der Ukraine

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde | Deutsches Polen-Institut | Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen | Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien | Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung | Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH

VON DER REDAKTION

Aufmarsch an der Grenze der Ukraine

Es ist unklar, ob (Stand: 16. Februar 2022) der Höhepunkt der Spannungen in der Russland-Ukraine-Krise erreicht ist. Die damit verbundenen Auseinandersetzungen werden jedoch präsent bleiben; ob es sich dabei nun um die vollständige Umsetzung der Minsker Vereinbarungen, Russlands Rolle in der Region, die dem Engagement der NATO und USA entgegengesetzt ist, oder den Konflikt im Donbas handelt. Mit dieser Ausgabe der Russland-Analysen möchten wir mit Hilfe von Expertenkommentaren diese Krise in Kontext setzten.

Die Kommentarreihe wird fortgeführt in den Ukraine-Analysen 262 sowie der englischsprachigen Schwesterpublikation Russian Analytical Digest 276 und 277. Die Kommentare sind vielfältig, sodass ein Blick in die anderen Ausgaben lohnt. Wie gewohnt spiegeln die darin geäußerten Einschätzungen und Meinungen ausschließlich die Sicht der Autoren wider und beruhen auf ihrer langjährigen Forschung.

Die Redaktion der Russland-Analysen

KOMMENTAR

Die Minsker Vereinbarungen als Chance?

Heiko Pleines (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

Einleitung

Nachdem der bewaffnete Konflikt in der Ostukraine im Sommer 2014 eskaliert war, wurden von den Staatschefs der Ukraine, Russlands, Deutschlands und Frankreichs im Juni 2014 in der Normandie Verhandlungen zur Beilegung des Konfliktes aufgenommen. Vertreter der pro-russischen Separatisten sind hier offiziell nicht eingebunden.

Die Minsker Abkommen wiederum wurden von der trilateralen Kontaktgruppe bestehend aus der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE), der Ukraine und Russland unter Anwesenheit von Vertretern der pro-russischen Separatisten (also der selbsterklärten Donezker und Luhansker »Volksrepubliken«) vereinbart. Die erste Vereinbarung wurde im September 2014 in Minsk unterzeichnet (»Minsker Protokoll«, https://peacemaker.un.org/sites/peacemaker.un.org/files/UA_140905_MinskCeasfire_en.pdf). Nach dem erneuten Ausbrechen massiver Kampfhandlungen im Januar 2015 wurde im Februar 2015 ein ergänzendes Maßnahmenpaket zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen beschlossen (»Minsk 2«, https://peacemaker.un.org/sites/peacemaker.un.org/files/UA_150212_MinskAgreement_en.pdf), das im Normandie-Format vorbereitet worden war.

Im Kontext der aktuellen internationalen Krise um den russischen Truppenaufmarsch an der Grenze zur Ukraine wird regelmäßig auf die Minsker Vereinbarungen Bezug genommen. Der französische Präsident Emmanuel Macron erklärte nach separaten Treffen mit dem russischen Präsidenten in Moskau und dem ukrainischen Präsidenten in Kiew am 08. Februar 2022, dass die Minsker Vereinbarung der einzige Weg sei, Frieden sowie eine politisch dauerhafte Lösung zu erreichen. Bereits am 27. Januar 2022 hatte das erste Treffen im »Normandie-Format« zur Diskussion des Konfliktes seit 2019 stattgefunden. Ein Arbeitsgespräch folgte am 10. Februar.

Inhalt der Vereinbarungen

Zentrale Vorgaben der Minsker Vereinbarungen beziehen sich auf einen dauerhaften Waffenstillstand u. a. mit dem Abzug schwerer Waffen von der Kampflinie, dem Abzug ausländischer Militärkräfte und einer durch die OSZE-überwachten Sicherheitszone an der ukrainisch-russischen Grenze (Minsk 1) mit der Übergabe der vollen Kontrolle über die Grenze an die Ukraine nach Umsetzung der politischen Lösung (Minsk 2).

Außerdem sehen die Vereinbarungen zwei zentrale Elemente einer politischen Lösung vor: vorgezogene Lokalwahlen in den »Volksrepubliken« nach demokratischen Standards und entsprechend der ukrainischen gesetzlichen Regelungen sowie eine Dezentralisierung des ukrainischen Staatsaufbaus auf Grundlage einer Verfassungsreform. Wahlen und Dezentralisierung sollten mit Vertretern der Separatisten vereinbart werden. Dabei wird die konkrete Ausarbeitung der politischen Lösung auf weitere Verhandlungen in der trilateralen

Kontaktgruppe verschoben. Ergänzend enthalten die Minsker Vereinbarungen einige Maßnahmen für den sozio-ökonomischen Wiederaufbau.

Ambivalenzen

Die Minsker Vereinbarungen sind in zwei Aspekten so unpräzise, dass die Interpretation ihrer Vorgaben umstritten ist. Erstens benennen die Vereinbarungen für viele vorgesehene Maßnahmen keinen verantwortlichen Akteur. Die Formulierungen sind im Passiv. Dies ist eine Folge der angespannten Verhandlungssituation. Russland vertritt offiziell die Position, dass es keine am Konflikt beteiligte Partei ist, sondern als Vermittler an den Verhandlungen teilnimmt. Konfliktparteien sind aus russischer Sicht allein die Ukraine und die Separatisten. Dementsprechend enthalten die Vereinbarungen keine direkte Handlungsanweisung an Russland.

Es ist aber klar, dass die in den Vereinbarungen vorgesehene Kontrolle der russisch-ukrainischen Grenze nicht ohne die Beteiligung Russlands funktionieren kann. Wenn die Vereinbarungen den »Abzug aller ausländischen bewaffneten Verbände, militärischen Ausrüstung« fordern, dann bedeutet die russische Position de facto, dass die Separatisten den Abzug der russischen Armee aus dem von ihnen besetzten Gebiet zu organisieren haben, ohne dass Russland damit etwas zu tun hätte.

Die Ukraine wiederum ist nicht bereit, die Vertreter der international nicht anerkannten »Volksrepubliken«, die sie als Terroristen bezeichnet, durch direkte Verhandlungen zu legitimieren. Die Verhandlungen finden dementsprechend im Rahmen der »trilateralen« Kontaktgruppe statt, die sich auf OSZE, Ukraine und Russland als die drei beteiligten Akteure bezieht. Vor allem will die Ukraine vermeiden, dass die von Russland abhängigen Separatisten ein Mitspracherecht bei Lokalwahlen und Verfassungsreform bekommen. Gleichzeitig sehen die Minsker Vereinbarungen aber eindeutig die Abstimmung mit den Separatisten zu diesen Themen vor.

Zweitens wird in den Minsker Vereinbarungen kein eindeutiger Zeitplan für die Umsetzung festgelegt. Es wäre logisch erst mit dem Waffenstillstand zu beginnen und dann mit der politischen Lösung und dem Wiederaufbau fortzufahren. Die Minsker Vereinbarungen geben aber hier keine vollständige Reihenfolge vor. Eine zeitliche Abfolge gibt es nur in zwei Fällen: Am ersten Tag nach dem Abzug der schweren Waffen soll der Dialog über die Lokalwahlen beginnen. Nach der Durchführung der Lokalwahlen und der Verfassungsreform soll die Ukraine die volle Kontrolle über die Grenze übernehmen. Für die Lokalwahlen selber gibt es keine Zeitangabe.

Im Ergebnis hat jede Seite nach eigenem Belieben bestimmte Maßnahmen priorisiert, ohne dass die Minsker Vereinbarungen dafür eine belastbare Grundlage bieten. Festgehalten werden kann aber, dass Minsk 2 eigentlich Verhandlungen über Lokalwahlen erst nach dem Abzug schwerer Waffen vorsieht, der immer noch nicht vollständig umgesetzt wurde, und dass die Ukraine die vollständige Kontrolle über die Grenze zu Russland erst nach Lokalwahlen und Verfassungsreform erhalten soll.

Ausblick

Viele der in den Minsker Vereinbarungen vorgesehenen Maßnahmen sind unter den gegebenen Bedingungen völlig unrealistisch. Die Vorgabe, dass Lokalwahlen in den »Volksrepubliken« nach demokratischen Standards erfolgen sollen, macht ihre Durchführung de facto unmöglich, da die aktuellen Machthaber keine Wahlniederlage riskieren werden. Gleichzeitig ist zunehmend deutlich geworden, dass die »Volksrepubliken« sowohl militärisch als auch wirtschaftlich von Russland abhängig sind. Es stellt sich damit auch die Frage, inwieweit die Ukraine verpflichtet sein sollte, die Verfassungsreform zur Dezentralisierung mit demokratisch nicht legitimierten Vertretern der Separatisten abzustimmen. Ebenso hat sich gezeigt, dass die entsprechende Verfassungsreform unter diesen Umständen in der Ukraine politisch nicht durchsetzbar ist.

Offensichtlich ist auch, dass Russland für die »Volksrepubliken« weder freien Wahlen, die seinen Einfluss gefährden könnten, noch einem Ende seiner – offiziell nicht existierenden – militärischen Unterstützung zustimmen wird. Ohne eine grundlegende Änderung der politischen Konstellation sind damit im Rahmen der Minsker Abkommen nur Waffenstillstand und Gefangenenaustausch möglich. Auch diese wären für die Bewohner der Region ein wichtiger Fortschritt. Die Beziehungen Russlands zur NATO oder EU lassen sich dadurch aber wohl nicht verändern.

Wenn also trotz fehlender Erfolgsaussichten jetzt wieder im Normandie-Format über die Minsker Vereinbarungen gesprochen wird, dann gibt es dafür zwei Gründe. Vertreter Frankreichs, das derzeit die EU-Ratspräsidentschaft innehat, und Deutschlands hoffen offensichtlich auf diese Weise längerfristig Gespräche mit Russland führen zu können. Dies bedeutet zum einen, dass die Initiative nicht allein bei USA und NATO liegt. Zum anderen wird immer wieder die Hoffnung geäußert, dass es nicht zu einer Eskalation kommt, solange noch Verhandlungen laufen. Unter Umständen gibt es auch Überlegungen, Russland durch Zugeständnisse bei den Minsker Vereinbarungen eine »gesichtswahrende« Deeskalation der aktuellen Krise zu ermöglichen.

Aus russischer Sicht dürfte es darum gehen, die Ukraine zu zwingen, die Separatisten als legitime Verhandlungspartner anzuerkennen. Nach den Gesprächen im Normandie-Format am 10. Februar 2022 verlangte der Vertreter Russlands so, dass Deutschland und Frankreich mehr Druck auf die Ukraine ausüben. Für Russ-

land hätte ein solches Ergebnis eine Reihe von Vorteilen. Erstens würde zumindest indirekt die Position bestätigt, dass Russland keine Konfliktpartei ist. Damit könnten auch die entsprechenden Sanktionen gegen Russland neu in Frage gestellt werden. Zweitens würde die ukrainische Regierung innenpolitisch massiv unter Druck geraten, wenn sie tatsächlich die Separatisten als legitime Verhandlungspartner anerkennen würde. Eine innenpolitische Krise in der Ukraine würde Russlands Position stärken. Drittens würde Russland auch zeigen können, dass der Westen kein verlässlicher Partner ist, sondern seine Verbündeten schnell im Stich lässt, ganz im Gegenteil zu Russland, das zuletzt in Belarus und Kasachstan gezeigt hat, dass es loyale Verbündete unterstützt. Gleichzeitig kann Russland durch seinen Einfluss auf die Separatisten sicherstellen, dass eine Einigung gegen russische Interessen unmöglich ist.

Stand: 15. Februar 2022

Über den Autor

Prof. Dr. *Heiko Pleines* leitet die Abteilung Politik und Wirtschaft der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Eine ausführlichere Version des vorliegenden Beitrags ist in der Ukraine-Analyse Nr. 261 unter https://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/261/die-umsetzung-der-minsker-vereinbarungen-was-ist-moeglich/ erschienen.

(Keine neuen) Erkenntnisse gewonnen

Irina Busygina (Higher School of Economics, St. Petersburg)

Russlands fortgesetzter militärischer Aufmarsch an der Grenze zur Ukraine zeigt deutlich, dass jetzt mehr auf dem Spiel steht als je zuvor seit 2014. Haben wir angesichts der Ereignisse der letzten Monate etwas Neues über die russische Außenpolitik erfahren? Die Entscheidungen in der russischen Außenpolitik erfolgen nach wie vor in einer Black Box. Wir wissen immer noch nicht genau, welche Elitengruppen hinter bestimmten Entscheidungen stehen. Also können die Expert:innen nur informierte Vermutungen anstellen. Zwar haben wir meiner Ansicht nach nichts grundsätzlich Neues erfahren, doch haben die Entwicklungen der letzten Monate uns erlaubt, einige unserer Wahrnehmungen zu schärfen und womöglich bestimmte Vermutungen zu bestätigen.

Eine der Schlussfolgerungen, die in den letzten Jahren besonders in westlichen Expert:innenkreisen am stärksten verbreitet waren, ging dahin, dass die russische Außenpolitik ein innenpolitisches Instrument darstellt, und zwar ein in dieser Hinsicht höchst erfolgreiches. Anders gesagt: Lauttönende außenpolitische Erklärungen und ein markantes Vorgehen in der Außenpolitik sollen die Popularität des amtierenden Präsidenten aufrechterhalten. Letztere ist die wichtigste Säule für die Stabilität des politischen Regimes in Russland, und damit eine Garantie für das politische Überleben des amtierenden Präsidenten. Somit wäre nicht der Westen Adressat des gegenwärtigen großen Aufruhrs, sondern vielmehr das innerrussische Publikum. Diese Interpretation ist in der Tat ein recht überzeugendes Argument.

Allerdings ist in Russland das Bedürfnis nach einem »kleinen siegreichen Krieg« offensichtlich zurückgegangen. Jüngste Umfragen des Lewada-Zentrums zeigen zwar, dass eine Mehrheit der Russ:innen den Westen für die derzeitige Krise verantwortlich machen und die politische Führung des Landes fast vollkommen von einer Verantwortung hierfür freisprechen. Gleichzeitig erfolgt aber keine Mobilisierung der öffentlichen Meinung um die politische Führungsfigur Russlands; die Umfragewerte des Präsidenten und der Regierung sind in den letzten Monaten nicht gestiegen. Es ist kaum vorstellbar, dass die russische Führung dies nicht sieht und nicht versteht. Also verliert das Argument, Außenpolitik sei verlängerte Innenpolitik, seine Stichhaltigkeit. Meiner Ansicht nach ist die russische Außenpolitik mittlerweile in der Tat von der Innenpolitik losgelöst.

Eine weitere Schlussfolgerung, die viele Expert:innen angesichts des außenpolitischen Vorgehens Russlands in der Vergangenheit gezogen haben, geht dahin, dass Präsident Putin sich seinen Bewegungsfreiraum bewahren will: Er stütze sich in seinem außenpolitischen Vorgehen darauf, nicht berechenbar zu sein. Falls nicht der Aufbau einer stabilen vertrauensvollen Beziehung zum Westen das Ziel sein sollte, bietet ein unberechenbares Verhalten in der Tat einige Vorteile. Diese wären allerdings nicht strategischer, sondern taktischer Natur, könnten also nicht langfristig genutzt werden. Seit 2014 schätzen die westlichen Staaten Russland ohnehin nicht mehr als berechenbar ein. In ihren Kalkulationen ist diese Unberechenbarkeit Russlands zum Teil *jetzt schon* ein Faktor. Die Krise um die Ukraine 2014 wird oft als »Game Changer« in Russlands Beziehungen zum Westen bezeichnet. Sie war aber auch eine wichtige Wegscheide, nämlich ein Moment, in dem sich die Politik des Westens gegenüber Russland radikal änderte. Neue

Institutionen – die Sanktionsregime – sind entstanden, und Russlands Unberechenbarkeit ist zu einer unabdingbaren Prämisse geworden, die die westliche Russlandexpertise prägt.

Und letztlich macht die aktuelle Krise deutlich, welche Bedeutung Russland den verschiedenen Dimensionen seiner Außenpolitik tatsächlich (und nicht nur rhetorisch) beimisst. In offiziellen Verlautbarungen erklärt die russische Führung, dass der postsowjetische Raum in der russischen Außenpolitik unbedingte Priorität genießt. Die gegenwärtige Krise zeigt allerdings, dass das keineswegs der Fall ist. Denn in Wirklichkeit sendet Präsident Putin durch den militärischen Aufmarsch an der ukrainischen Grenze dem Westen das Signal, dass er das Schicksal der Ukraine direkt zwischen Washington und Moskau verhandelt sehen will. Es geht um ein »Jalta 2.0«.

Die jüngste Eskalation ist in dieser Hinsicht Teil von Russlands Großmachtdenken, das auf der Vorstellung beruht, dass die großen Mächte zusammenkommen, um über das Schicksal der kleineren Nationen in Europa und anderswo zu bestimmen. Diese Großmachtagenda Russlands ist aber nicht mit seiner regionalen Agenda in Einklang zu bringen, nämlich mit dem Ziel, die Rolle einer regionalen Führungsmacht für seine postsowjetischen Nachbarn zu spielen. Versuche, ein Bild von Russland als »Großmacht« aufzubauen, führen unweigerlich zu einer Reduzierung seines tatsächlichen Einflusses im postsowjetischen Raum. Je stärker Russland als »Großmacht« agiert, umso weniger glaubwürdig sind Putins Versprechen, die nationale Souveränität der ehemaligen Sowjetrepubliken zu respektieren. Mit anderen Worten: Putins globale Ambitionen stehen einer Integration des postsowjetischen Raumes prinzipiell entgegen und schränken deren Reichweite beträchtlich ein. Einfach gesagt: Wenn Russland seine Großmachtagenda bewusst vorantreibt, gibt es seine Ansprüche auf, den postsowjetischen Raum zu dominieren und zu kontrollieren, da sich diese zwei Agenden unmöglich auf eine stimmige Weise miteinander vereinbaren lassen.

Die russische Außenpolitik ist in ihrem Innern inkonsistent, sei es in ihrer innenpolitischen Stoßrichtung, sei es in Bezug auf die Nachbarstaaten oder das Verhältnis zum Westen. Die offene Frage ist hier: Wird sich eine solche Außenpolitik für Russland auszahlen? Angesichts der Beobachtungen, die wir in den letzten Monaten haben machen können, erscheint Russlands Außenpolitik kaum zielführend, weder für seine angestrebte Rolle als Großmacht, noch dafür, als Führungsmacht im postsowjetischen Raum zu agieren.

Stand: 14. Februar 2022

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über die Autorin

Irina Busygina ist Professorin an der Fakultät für Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen der Higher School of Economics in St. Petersburg und Direktorin des Center for Comparative Governance Studies. Zu ihren Forschungsinteressen gehören die Politik in Russland, die russische Außenpolitik, der postsowjetische Raum und die Beziehungen zwischen Russland und der EU.

Lesetipps

- Busygina, Irina: Russia and Its Two "Shared Neighborhoods" [=PONARS Policy Memo N 712], 11. Oktober 2021; https://www.ponarseurasia.org/russia-and-its-two-shared-neighborhoods/.
- Busygina, Irina; Mikhail Filippov: Trade-offs and inconsistencies of the Russian foreign policy: The case of Eurasia, in: Journal of Eurasian Studies, erstmals am 10. März 2021 veröffentlicht, https://doi.org/10.1177/1879366521998241.
- Busygina, Irina; Mikhail Filippov: Russia, Post-Soviet Integration, and the EAEU: The Balance between Domination and Cooperation, in: Problems of Post-Communism, 68.2021, Nr. 68, 1. September 2020. DOI: 10.1080/10758216.2020.1803755.
- Busygina, Irina: Russia-EU Relations and the Common Neighborhood: Coercion Versus Authority, Abingdon-on-Thames: Routledge 2018.

Alles auf Status. Russlands riskantes Kriegsspiel mit (in) Europa

Regina Heller (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)),
Maria Raquel Freire (Zentrum für Sozialstudien, Universität Coimbra)

Der Konflikt mit der Ukraine ist Moskaus Vehikel, um mit Worten und Taten deutlich zu machen, dass Russland legitime Sicherheitsinteressen hat und der Westen in seiner Nachbarschaft nichts zu suchen. Es ist ein riskantes Spiel einen Krieg anzudrohen und so das eigene Bild einer Großmacht zu verteidigen.

Russlands Statusprobleme

Der Ukraine-Konflikt hat sich in den letzten Wochen verschärft; Europa befindet sich in einer ernsthaften sicherheitspolitischen Krise. Während Russland seine Streitkräfte entlang der ukrainischen Grenze aufstockt, signalisiert der Westen Härte, Beistand für die Ukraine und Wahrung der eigenen Prinzipien. Gleichzeitig läuft die internationale Diplomatie auf Hochtouren, denn die Angst vor dem Ausbruch eines Krieges ist groß, sowohl im Westen als auch in der russischen Bevölkerung. Russlands militärische Machtdemonstration soll nicht mehr nur die abtrünnige Ukraine zurück an den Verhandlungstisch bringen. Vielmehr soll sie den Forderungen des Kremls Nachdruck verleihen, die es in seinem Vorschlag an die NATO formuliert hat: nämlich, dass die Osterweiterung gestoppt wird und offene Fragen der europäischen Sicherheit ein für alle Mal und in einer für Russland akzeptablen Weise geregelt werden.

Aus Kreml-Sicht steht viel auf dem Spiel. Denn Russland läuft Gefahr, seinen Status als Regionalmacht endgültig zu verlieren und auch in Fragen der europäischen Sicherheit in die Bedeutungslosigkeit zu verschwinden. Diese Aussichten wiegen schwer und erhöhen die Bereitschaft Moskaus, jetzt zu handeln. Die Ukraine ist der Dreh- und Angelpunkt, an dem sich Russlands offene Statusfragen entscheiden. Einen Krieg anzudrohen, scheint für Putin offenbar das geeignetste Mittel, um seine Ziele durchzusetzen.

Russland Identität als Großmacht

Einfluss zu nehmen auf die Innen- und Außenpolitik der Ukraine ist Teil der materiellen Grundlage, auf der die kollektive Identität Russlands fußt; jene Identität, die das Putin-Regime seit vielen Jahren propagiert, und an die es sein politisches Schicksal geknüpft hat – die Identität als Großmacht. Zu diesem Bild gehört es, eine Nuklearmacht im gleichen Rang mit den USA zu sein, aber auch, in der Nachbarschaft »exklusive« Rechte zu beanspruchen, sowie in Fragen europäischer Sicherheit mitzureden. Doch im Kreml ist man der Meinung, dass der Westen seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion, insbesondere aber mit der NATO-Osterweiterung, Russlands Bedürfnis nach »unteilbarer« Sicherheit in Europa ignoriert hat. Schließlich bringt die Ukraine mit ihrem eigenen Weg, ihrer Hinwendung nach Westen und der Ablehnung russischer Hegemonie auch Russlands Stellung als Regionalmacht in große Gefahr.

Letzte Gelegenheit? Gute Gelegenheit!

Es sind insbesondere Entwicklungen in der Ukraine selbst und auf internationaler Ebene, die dazu geführt haben, dass Moskau gerade jetzt seine Statusansprüche mit Nachdruck verfolgt. Zum einen schwinden für Russland allmählich die Optionen, den Donbas in gewohnter Form kontrollieren zu können. Immerhin schien für den Kreml im vergangenen Jahr eine Verhandlungslösung mit Kiew zum Greifen nahe, nachdem Moskau schon einmal seine Truppen an der russisch-ukrainischen Grenze hatte auffahren lassen. Doch der hiernach einberufene amerikanisch-russische Gipfel brachte keinen Durchbruch. Und auch in Kiew wuchs der Widerwille, die Minsker Vereinbarungen weiter umzusetzen. Schließlich hatte auch der Westen mit seinem überhasteten Abzug aus Afghanistan und der Absprache zwischen den USA und Deutschland, die Erdgaspipeline Nord Stream 2 nicht anzutasten, neue Befürchtungen in Kiew geweckt, die westliche Unterstützung für das Land könnte abflauen. Stattdessen bemühte man sich um eine intensivere verteidigungspolitische Zusammenarbeit mit der NATO. Zwar reichen weder die von der Türkei an die Ukraine gelieferten Drohnen noch die weitere militärische Unterstützung der NATO aus, um das militärische Kräfteverhältnis zwischen der Ukraine und Russland zu verändern, doch werden so die Voraussetzungen für einen blutigen Krieg geschaffen, den letztlich keiner will.

Während sich in der Ukraine das Zeitfenster schließt, so bietet vor allem der derzeit desolate Zustand des Westens Moskau eine günstige Gelegenheit zu handeln. Die Biden-Regierung sammelt nach dem Rückzug aus Afghanistan die Scherben ein und muss sich zu Hause behaupten. Mit seinen inneren Spaltungen ist die EU für Russland ein gefundenes Fressen. Präsidentschaftswahlen in Frankreich, eine neue Regierung in Deutschland und die Auswirkungen der Pandemie: eigene Sorgen und unterschiedliche Interessen erschweren die Koordinierung innerhalb Europas. Es bleibt für Moskau nicht nur in der Ukraine, sondern auch in der EU und in den USA ein Leichtes, mit Mitteln der hybriden Kriegsführung weiter Verwirrung zu stiften und Zwiespalt zu säen. Der Westen kam im Angesicht der Eskalation in der

Ukraine nur schwer in Gang und ist aktuell im Wesentlichen damit beschäftigt, Putins Vexierspiele zu enträtseln.

Schadensbegrenzung und Kostenmanagement: Was kann Russland verschmerzen?

Auf eine Konfrontation mit dem Westen ist Russlands Wirtschaft deutlich besser vorbereitet, als dies noch 2014 der Fall war. Trotz der Belastungen durch die Pandemie konnte die Regierung die makroökonomische Stabilität sicherstellen. Die russischen Devisenreserven wurden aufgestockt und die Nationalisierung der Wirtschaft sowie ihre Abkopplung vom Dollar vorangetrieben. Zudem profitiert der Kreml von den Einnahmen aus den derzeit relativ hohen Energiepreisen und kann dem gasabhängigen Europa mit Lieferkürzungen drohen.

All dies kann zwar unmittelbare wirtschaftliche Schäden abfedern, aber nicht tiefergreifende strukturelle Schieflagen verhindern, in die Russlands Wirtschaft durch einen Krieg geraten würde. Härtere westliche Sanktionen, z. B. gegen russische Großbanken, und die Angst vor geopolitischer Instabilität würden Investitionen abhalten, die Kosten für die Kapitalbeschaffung in die Höhe treiben und das Wirtschaftswachstum weiter ausbremsen.

Zumindest hat der Kreml dafür gesorgt, dass sich ein solches Szenario nicht negativ auf seine innenpolitische Machtposition auswirkt. Mit dem gestärkten Repressionsapparat können heimische Kritiker eingeschüchtert und gesellschaftliche Proteste im Keim erstickt werden, sollte die Unzufriedenheit über sinkende Lebensstandards steigen. Zwar hält die Mehrheit der russischen Bevölkerung im aktuellen Konflikt den Westen für den Aggressor, doch der Kreml weiß, dass das nationalistische Narrativ, dass bei der Krim-Annexion 2014 noch breiten Rückhalt erfuhr, heute die Massen nicht mehr mobilisiert.

Fazit

Die weiteren Entwicklungen in der aktuellen Krise hängen davon ab, wie Moskau Identität, Gelegenheiten und Kosten gegeneinander abwägt. Die Vorstellung, die der Kreml von Russland als Großmacht geschaffen hat, ist rückwärtsgewandt und mit imperialen Elementen unterfüttert. Der Kreml scheint es vorzuziehen, sich gegen wirtschaftliche Kosten und Verluste abzusichern, anstatt die Ukraine aufzugeben. Moskau überschätzt die kurzfristigen Erfolge, die es erreicht, wenn es Verhandlungen mit dem Westen und der Ukraine auf diese Art und Weise erzwingt, ignoriert dabei aber die langfristigen Folgen: Die Ukraine wird sich weiter von Russland entfernen und der Westen wird zu einem neuen Konsens gegenüber Moskau kommen. Und nicht zu vergessen: Gespräche über die Grundlagen der europäischen Sicherheit wären schwierig, langwierig und würden Zugeständnisse von allen Seiten erfordern. Wird sich Putin darauf wirklich einlassen?

Stand: 14. Februar 2022

Über die Autorinnen

Regina Heller ist wissenschaftliche Referentin am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH). Sie studierte Politikwissenschaft, Ostslawistik und Osteuropäische Geschichte in Mainz, Hamburg und Middlebury/Vt. Im akademischen Jahr 2014–15 vertrat sie die Professur für Politikwissenschaft, insbesondere Internationale Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. Sie forscht zu Russland und zum postsowjetischen Raum sowie zur Rolle von Normen und Identität in den internationalen Beziehungen.

Maria Raquel Freire ist Professorin für Internationale Beziehungen an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Sozialstudien der Universität Coimbra/Portugal. Sie ist Koordinatorin des Jean-Monnet-Exzellenzzentrums PRONE an der Universität Coimbra und Gastprofessorin im Postgraduiertenprogramm für Internationale Beziehungen an der Bundesuniversität von Santa Catarina in Brasilien. Ihre Forschungsinteressen umfassen Außenpolitik, internationale Sicherheit, die Europäische Union sowie Russland und den postsowjetischen Raum.

Lesetipps

- Freire, Maria R. / Heller, Regina. 2018. Russia's Power Politics in Ukraine and Syria: Status-seeking between Identity, Opportunity and Costs. In: Europe-Asia Studies 70 (8): 1185–1212.
- Freire, Maria R. 2018. The quest for status: how the interplay of power, ideas, and regime security shapes Russia's policy in the post-Soviet space. In: International Politics. DOI: https://doi.org/10.1057/s41311-018-0164-y.
- Freire, Maria R. 2020. EU and Russia competing projects in the neighbourhood: an ontological security approach. In: Revista Brasileira de Política Internacional 63 (1). DOI: 10.1590/0034-7329202000113.
- Freire, Maria R. 2021. EU-Russia-US relations. Diverging visions on European security. In: Romanova, Tatiana & David, Maxine (Hgs.): The Routledge Handbook of EU-Russia Relations: Structures, Actors, Issues. Oxon and New York: Routledge.

- Heller, Regina. 2020. Der Wut auf der Spur. Zur Rolle von Emotionen in Russlands Politik gegenüber dem Westen. In: Koschut, Simon (Hg.): Emotionen in den Internationalen Beziehungen, Baden-Baden, 145–166.
- Heller, Regina. 2018. Defending Social Status – Why Russia's Ukraine Policy is About More than Regional Leadership. In: Rising Powers Quarterly 3 (1): 137–159.
- Forsberg, Tuomas / Heller, Regina / Wolf, Reinhard. 2014. Status and emotions in Russian foreign policy. In: Communist and Post-Communist Studies 47 (3-4): 261–268.

Russlands Motive

Sabine Fischer (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin)

Was treibt die politische Führung in Moskau in der schwersten Krise der europäischen Sicherheit seit dem Ende des Ost-West-Konflikts an? Steht im Zentrum ihres Kalküls die Revision einer europäischen Sicherheitsordnung, die angeblich russischen Interessen widerspricht? Dann wäre die Ukraine lediglich ein Instrument, um den Druck auf die westlichen Staaten zu erhöhen; ein Schauplatz, auf dem Russland seinen Konflikt mit dem Westen austrägt. Oder hat der Kreml mit den Maximalforderungen in den beiden Vertragsentwürfen vom vergangenen Dezember lediglich den Einsatz erhöht, um die westlichen Reaktionen auf einen begrenzten Einmarsch in die Ukraine oder die fortschreitende Destabilisierung des Nachbarlandes zu kontrollieren. Sollte Russland es am Ende »nur« auf den Donbas abgesehen haben, könnten Washington und seine europäischen Verbündeten erleichtert sein, ja, möglicherweise Kiew sogar zu Konzessionen drängen, um die prekäre europäische Sicherheit nicht weiter zu gefährden.

Im russischen offiziellen, Medien- und Expert*innendiskurs finden sich beide Motive. Die Vertragsentwürfe vom Dezember zeichnen ein Europa der Einflusszonen vor, in dem Russland nicht nur die sicherheitspolitischen Geschicke seiner unmittelbaren Nachbarschaft bestimmt. Auch die mittelosteuropäischen Staaten, die 1999 und 2004 der NATO beitraten, sollen zu einer Art entmilitarisiertem Puffer zwischen der russischen Einflusszone im Osten und der amerikanischen im Westen werden. Putin und andere suggerieren seit Monaten, dass der NATO-Beitritt der Ukraine nicht etwa eine vage Option in der fernen Zukunft sei, sondern unmittelbar bevorstünde. Die Rede vom Betrug an Moskau, dem 1990 zugesichert worden sei, die NATO werde sich nicht nach Osteuropa erweitern, hat sich über einen Zeitraum von 20 Jahren zum alles beherrschenden Narrativ entwickelt. Dass die präzedenzlose und turbulente historische Entwicklung zwischen dem Fall der Mauer und dem Zerfall des Warschauer Paktes bzw. dem Ende der Sowjetunion viel zufälliger und auch chaotischer war, darf aus Moskauer Perspektive heute keine Rolle mehr spielen.

Gleichzeitig hat Moskau sich auf eine Reaktivierung des Normandie-Formats eingelassen, in dem Deutschland und Frankreich seit 2014 zwischen Russland und der Ukraine vermitteln. Dies widerspricht eigentlich dem Anliegen und der Stoßrichtung der Vertragsentwürfe, in denen es doch um die großen europäischen und transatlantischen Zusammenhänge und vor allem um einen gleichberechtigten Schlagabtausch mit den USA und über Europa geht. Dass in den vergangenen Wochen im Normandie-Format wieder gesprochen worden ist, verdankt sich der entschlossenen Diplomatie des französischen Staatspräsidenten Emanuel Macron und zunehmend auch der neuen deutschen Bundesregierung. Was aber will Moskau mit diesen Verhandlungen? Bislang hat die russische Seite keinerlei Konzessionen gemacht. Dmitrij Kosak, der stellvertretende Leiter der Kreml-Administration und Unterhändler Moskaus, beharrt weiter darauf, Kiew müsse mit den De Facto Machthabenden in den beiden umstrittenen Volksrepubliken Donezk und Luhansk in direkte Verhandlungen treten. Die ukrainische Seite verweigert das. Gleichzeitig hat Kiew bereits einen Gesetzentwurf in der Rada gestoppt, weil er auch in den Augen der westlichen Vermittler dem Geist der Minsker Vereinbarungen widersprach. In Moskau hat die Duma derweil Präsident Putin offiziell aufgefordert, die Donezker und Luhansker »Volksrepubliken« als unabhängige Staaten anzuerkennen. Putin lehnte dies zunächst ab und verwies auf die Minsker Vereinbarungen, an deren Umsetzung weiter gearbeitet werden solle. Er könnte sich jedoch sehr bald auf die Legitimation durch das russische Parlament berufen und einen Einmarsch in die beiden Gebiete anordnet. Ein immer wichtigeres Argument ist hier der Schutz für die mittlerweile zwischen 600.000 und 700.000 Menschen, die in den Gebieten leben und seit Herbst 2019 die russische Staatsbürgerschaft angenommen haben. Das Scheitern weiterer Gespräche im Normandieformat und die »Schutzverpflichtung« gegenüber russischen Bürgerinnen und Bürgern in den beiden umstrittenen Gebieten könnten ein starkes Motiv für einen militärischen Eingriff liefern.

Vorerst scheint Moskau weiter verhandeln zu wollen – wahrscheinlich auf beiden Ebenen. Sowohl das genaue Ziel als auch das Kalkül des russischen Präsidenten bleiben aber weiterhin unklar. Der Zeitpunkt der russischen diplomatischen Offensive seit dem späten Herbst 2021 hingegen ist leichter zu erklären: Moskau glaubt sich einem schwachen Westen gegenüber. Der Abzug der USA und, in ihrem Gefolge, der NATO-Partner aus Afghanistan sowie AUKUS beweisen aus russischer Perspektive diese Schwäche. Der Kreml hat aus ihnen den Schluss gezogen, dass Washington in schwierigen Situationen unilateral und ohne Rücksicht auf die europäischen Verbündeten handelt. Präsident Biden ist innenpolitisch angeschlagen und muss bei den im Herbst anstehenden Kongresswahlen eine Niederlage befürchten. Deutschland hat eine neue Regierung, Macron stellt sich im April zur Wahl. Brüssel spielt in den Verhandlungen mit Moskau derzeit die Nebenrolle, die Russland ihm zugewiesen hat. Nicht wenig hat dazu auch der unglückliche Start des Außenbeauftragten der EU in Moskau im Februar 2021 beigetragen. Der Moment scheint also günstig für Putin, sich der aus seiner Sicht ungeklärten Frage der europäischen Sicherheit zuzuwenden. Er handelt dabei nicht unter innenpolitischem Druck. Die russische Gesellschaft ist durch die verschärften Repressionen und die Zerschlagung der Oppositionsbewegung um Alexej Nawalny vorerst und wahrscheinlich bis auf weiteres »unter Kontrolle«. Auch dank der Pandemie wächst außerdem ihre Isolation vom Rest Europas.

Der Westen reagiert auf die Unklarheit der russischen Motive mit einer Mischung aus Sanktionsdrohungen und Verhandlungsangeboten. Wie abschreckend die angedrohten Sanktionen sind, ist wiederum vom Kalkül des Kremls abhängig. Dort stellt man schon seit Langem sicherheitspolitische über wirtschaftliche Interessen; militärische und hybride Instrumente dominieren auch in der Außenpolitik. Das transatlantische Bündnis rückt angesichts des russischen Vorgehens nun zusammen, Finnland und Schweden erwägen eine engere Bindung an die NATO. Die Drohgebärden machen Russland weder in der Ukraine noch in anderen Nachbarstaaten zu einem anziehenderen Partner. Sollte der Kreml sich zu einem Einmarsch oder verstärkten hybriden Angriffen auf die Ukraine entscheiden, werden die Auswirkungen noch fataler sein. Diese Option scheint zum Zeitpunkt des Abschlusses dieses Manuskripts immer wahrscheinlicher. Die gegenwärtige, hochexplosive Lage zeigt, dass die Ukraine aus russischer Perspektive gleichzeitig der Kern der europäischen Sicherheitsfrage ist und von ihr überschattet wird. Ob Moskau mit dieser Politik seine Ziele im Hinblick auf die europäische Sicherheitsordnung und das Verhältnis zur Ukraine erreichen wird, ist sehr zweifelhaft.

Stand: 14. Februar 2022

Über die Autorin
Dr. *Sabine Fischer* ist Senior Fellow in der Forschungsgruppe Osteuropa und Eurasien der Stiftung Wissenschaft und Politik – Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit (SWP), Berlin.

Die Gründe für Russlands Vorschläge

Pavel Sharikov (Europa-Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften, Moskau)

Im Dezember lud Russland die USA ein, einen Vertrag zu unterschreiben, während es gleichzeitig die europäischen Nato-Mitgliedsländer aufforderte, einem Abkommen zuzustimmen – abgegeben werden sollten jeweils »Sicherheitsgarantien«. Die Inhalte der russischen Vorschläge waren zwar nicht überraschend, das Timing, das kompromisslose Vorgehen und die öffentliche Form der Einladung warfen allerdings zahlreiche Fragen auf.

Seit Wladimir Putins historischer Rede bei der Münchener Sicherheitskonferenz 2007 haben sich russische Regierungen immer wieder besorgt über Entwicklungen der europäischen Sicherheitspolitik geäußert, vor allem bezüglich einer Expansion der Nato und eines amerikanischen Engagements. Während der isolationistischen Außenpolitik von Präsident Donald Trump beruhigten sich die russischen Sorgen etwas; doch als Joe Biden Anfang 2021 das Amt übernahm, wurde schnell klar, dass die Wiederherstellung der transatlantischen Solidarität zu einer Top-Priorität wurde. Die intensiven sicherheitspolitischen Initiativen Amerikas in Bezug auf seine europäischen Partner lösten in Russland eine neue Welle von Befürchtungen aus.

Eine weitere Erklärung für Timing und Inhalte der russischen Vorschläge vom Dezember 2021 hängt ebenfalls mit der veränderten außenpolitischen Positionierung Amerikas zusammen. Die Trump-Administration schien zu versuchen, sämtliche Rüstungskontrollabkommen loszuwerden. Der Ansatz der Biden-Administration ist konstruktiver. Die neue Administration verlängerte den START-3-Vertrag und signalisierte Bereitschaft, über Rüstungskontrollthemen zu verhandeln. Russland und die USA traten in einen Dialog über strategische

Stabilität ein, die Medien berichteten nach den Treffen vom Sommer 2021 von einem gewissen Erfolg.

Russland ergriff die Chance zu Gesprächen und Veränderungen und veröffentlichte im Dezember 2021 Dokumente, die Russlands Vision für die Sicherheitsarchitektur in Europa deutlich machen. Ursprünglich ging es dabei nicht nur um die Ukraine. Der Ton der russischen Vorschläge bewirkte jedoch, dass diese als Ultimatum wahrgenommen wurden, und so sah die westliche Gemeinschaft sie als Androhung militärischer Aggression in der Ukraine an.

Tatsächlich richten sich die meisten allgemeinen russischen Sorgen auf das amerikanische Engagement in europäischen Sicherheitsbelangen. Russland versteht dieses Engagement als Bedrohung seiner nationalen Sicherheit und sein Handeln kann als Reaktion darauf angesehen werden. Es scheint, als ob Russland die USA in Bezug auf die europäische Sicherheit in eine Lage versetzen wollte, die derjenigen Russlands laut Minsker Abkommen im Donbass ähnelt. Russland hat im Minsker Abkommen zwar die Übernahme von Verantwortung für die Deeskalation des Konflikts zugesagt, dabei jedoch nicht eingeräumt, selbst Konfliktpartei zu sein. Zudem haben russische Offizielle immer wieder wiederholt, dass das Minsker Abkommen der einzig mögliche Weg zur Deeskalation des Konflikts sei. Damit impliziert Russland, dass es informell Einfluss auf die Separatisten ausübt.

Ziel der russischen Vorschläge ist eine Institutionalisierung des amerikanischen Engagements in europäischen Angelegenheiten durch vertragliche Vereinbarungen. Durch eine solche Institutionalisierung würde der russischen Regierung das ganze internationale Umfeld verständlich werden. Denn die meisten der höchsten russischen Entscheidungsträger haben in der Zeit der Konfrontation mit den USA Karriere gemacht. Die Einstellung auf das neue internationale Umfeld, in dem internationale Wettbewerbsfähigkeit von wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit bestimmt wird, fällt ihnen noch immer schwer.

Die Trump-Administration hätte ein Engagement im russisch-ukrainischen Konflikt vermutlich vermieden und wäre den Prinzipien »America first« und »Europa soll seine eigenen Verteidigungsausgaben erhöhen, bevor Washington seine Nato-Verpflichtungen wieder erfüllt« treu geblieben. Die Biden-Administration folgt dagegen eindeutig dem Pfad der Verbesserung der transatlantischen Kooperation und möchte den amerikanischen Einfluss in europäischen Sicherheitsangelegenheiten erhöhen. Doch in den letzten fünf Jahren (und sogar Jahrzehnten) hat sich sehr viel verändert – seit die Entscheidungsmacht das letzte Mal bei den Demokraten lag.

Für die USA wäre es angenehmer, ein Russland als Gegenüber zu haben, das vorhersehbar und vernünftig agiert. Aber man kann natürlich nicht die eigene internationale Politik verändern und das eigene Engagement in einer Region erhöhen und gleichzeitig auf eine unverändert stabile Reaktion seines Gegenübers hoffen. Entsprechend setzt Russland auf Uneindeutigkeit. Niemand, auch nicht Pro-Kreml-Experten, können sagen, was Russlands strategisches Ziel ist, denn es ist nicht klar, ob Russlands aktuelle Schritte seinen strategischen Plänen dienlich sind oder ihnen schaden.

Russland hat niemals in irgendeiner Weise versucht, eine Aufhebung der Sanktionen zu erreichen, die seiner Wirtschaft ja ganz offensichtlich schaden. Stattdessen unternimmt Russland weiterhin Schritte, die neue Sanktionen provozieren. Ein solches Verhalten erscheint dem Westen irrational, macht das russische Verhalten immer unvorhersehbarer und destabilisiert das ganze regionale System.

Einzigartig an der derzeitigen Eskalation der Spannungen scheint aber nicht nur die Uneindeutigkeit, sondern auch die Form der öffentlichen Auseinandersetzung.

Die eingangs erwähnten Vorschläge, die das russische Außenministerium als Form der »Offenheit der russischen Politik« dargestellt hat, zeigt möglicherweise, dass der momentane festgefahrene Stand des Konflikts eher als Akt der Informationspolitik denn als Absicht, tatsächlich militärisch aktiv zu werden, zu verstehen ist. Oberstes Ziel Russlands ist es, gehört und wahrgenommen zu werden.

In den wenigen Wochen der Spannungen kam es zu Leaks, Fake News und ungeheuerlicher Propaganda in einem bislang noch nicht dagewesenen Ausmaß. All diese passiv-aggressive Rhetorik steht im Einklang mit der russischen Taktik der »Drohung mit Gewaltanwendung«, allerdings nicht zu der tatsächlichen Absicht, wirklich Militär einzusetzen. Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat darauf hingewiesen, dass »wir nur durch die Androhung von Gewalt erreichen konnten, dass unsere Befürchtungen gehört werden und unsere westlichen Partner in Verhandlungen eingewilligt haben«. Die russischen Vorschläge beschreiben Russland als Opfer der Nato-Expansion. Der Vorsitzende der russischen Duma, Wjatscheslaw Wolodin, erklärte sogar, die »Nato plane, die Ukraine zu besetzen«. Aus der Sicht westlicher Gesellschaften ist dagegen Russland der Aggressor. Genauso wenig versteht der Westen, warum ein neutraler Nicht-Nato-Status der Ukraine in Russlands nationalem Interesse liegt.

Außerdem gibt es Berichte über russische Stellen, die amerikanische PR-Firmen damit beauftragt haben sollen, ihr Image zu verbessern. Das Problem ist, dass russische Politiker so gut wie gar keine Erfahrung mit offen geführten öffentlichen politischen Kampagnen haben. Wenn sich ein russischer Diplomat deutlich über die Möglichkeit äußerte, dass Russland gezwungen sein könnte Militär einzusetzen, reagierte der russische Aktienmarkt jeweils sofort.

Durch den Informationskrieg könnte bis zu einem gewissen Grad erklärt werden, warum Russland eine so kompromisslose Position eingenommen hat. Sein Ziel ist nicht eine bestimmte Übereinkunft, sondern die Aufrechterhaltung der Spannung. Welchen Plan Putin auf internationaler Ebene verfolgt, ist noch immer unklar, aber sein Verhalten auf der internationalen Ebene steigert mit Sicherheit seine Zustimmungswerte im eigenen Land.

Stand: 14. Februar 2022

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

Über den Autor
Pavel Sharikov ist Senior Research Fellow am Europa-Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften und am Institut für Internationale Studien des Moskauer Staatlichen Instituts für Internationale Beziehungen MGIMO. Außerdem lehrt er als Dozent an der Lomonossow-Universität Moskau.

Würde Putin vom eigenen Volk für eine Invasion in die Ukraine abgestraft werden?

Henry E. Hale (George-Washington-Universität, Washington, D.C)

Zusammenfassung
Viele glauben (https://warontherocks.com/2022/01/putins-wager-in-russias-standoff-with-the-west/) jetzt, dass Russland eine weitere, großangelegte Invasion in die Ukraine unternehmen wird, was den Krieg, der seit 2014 (weitgehend unbeachtet von den Schlagzeilen im Westen) im Osten der Ukraine wütet, dramatisch ausdehnen würde. Die Staats- und Regierungschefs im Westen wollen sicherstellen, dass der russische Präsident Putin einen hohen Preis (https://www.politico.com/news/magazine/2022/02/03/ukraine-conservatives-putin-russia-europe-matters-00005293) zu zahlen haben wird, falls es zu einer Invasion kommt. Jüngste Studien kommen zu dem Schluss, dass auch das Volk in Russland Putin zur Rechenschaft ziehen würde, allerdings ist weniger klar, wann oder wie.

Es gibt gute Gründe für die Befürchtung, dass Putin den Würgegriff gegen die Ukraine derart erhöht, dass er versucht, den größten Teil der Ukraine oder das ganze Land zu erobern, zum Teil als Reaktion auf seine lahmende Unterstützung in Russland. Selbst wenn für ihn innenpolitische Überlegungen keine vorrangige Rolle spielen sollten, dürfte er gleichwohl darauf hoffen, dass sein Volk ihn für eine neue Invasion belohnen würde. Es geschieht oft, dass sich die Bevölkerung für eine Weile geschlossen hinter der Führung versammelt, wenn ihr Land im Krieg steht. Putin selbst war 2014 in dieser Hinsicht einer der größten Nutznießer der Geschichte, als seine Umfragewerte durch die Decke gingen, nachdem Russland blitzschnell die ukrainische Halbinsel Krim einnahm und annektierte. Die verlockende Aussicht, dass sich das Volk sammelt, könnte für Putin eine Motivation (https://www.washingtonpost.com/politics/2022/01/16/why-would-putin-invade-ukraine/) sein, es noch einmal zu versuchen. Er könnte auch den Versuch unternehmen, eine zunehmend unzufriedene Gesellschaft von Problemen abzulenken (https://thehill.com/opinion/international/537283-alexei-navalny-narrows-the-road-to-lifetime-in-power-for-vladimir-putin?mkt_tok=eyJpIjoiWm1FNE1EQm1OR0k0TURRNSIsInQiOiJURnRLcXZaZFE4OFVPVnMrTFliaDBWT1ZKWUJsdjFYQTh0eXN1dTNKTG56NVo3a2lIMHdiTTNvZ1JsZkhITkxVWXJndHZBZWdlWDVhaUpQU2VFNXdyN1NWSExsbk1POXI3REZWQklndDV2cllqWU04a3o0ckRrQXhRMzZOTStUQiJ9), die ihm zugeschrieben werden, etwa die Korruption oder die stagnierende Wirtschaft.

Jüngste Studien zeigen jedoch, dass eine neue Invasion das Potenzial hat, innenpolitisch für Putin zum Rohrkrepierer zu werden. Und dieses Potenzial (https://www.washingtonpost.com/politics/2022/02/11/russia-may-be-about-invade-ukraine-russians-dont-want-it/) ist größer als wir im Westen oft meinen. Es könnte sogar größer sein, als Putin selbst annimmt.

Für Russ:innen ist die Krim nicht die Restukraine

Für Russ:innen gibt es einen Unterscheid zwischen der Krim und der übrigen Ukraine. Vor 2014 hatte eine klare Mehrheit eine »Rückkehr« der Krim zu Russland unterstützt, doch empfinden die Russ:innen bei den anderen Landesteil der Ukraine keine solche Verbunden-

heit. Betört von der hämischen Berichterstattung in den von Putin kontrollierten Medien, haben die Russ:innen die Ukraine lange als einen hoffnungslosen Fall eines von Korruption zerfressenen Staates wahrgenommen (https://www.washingtonpost.com/news/monkey-cage/wp/2015/05/20/russians-see-ukraine-as-an-illegitimate-state/). Das würde die Ukraine nicht unbedingt zum Objekt ihrer Begierde machen.

Umfragen der letzten Jahre zeigen, dass Putin die Unterstützung von rund zwei Fünfteln der Bevölkerung Russlands hätte, wenn es ihm gelänge, Russland und die Ukraine friedlich und freiwillig zu vereinigen. Das ist weniger als Putin sich an Unterstützung im Innern wünscht, da dort ja Supermehrheiten das Ziel sind. Zudem haben die Russ:innen nie viel Zustimmung für ein aktives Vorgehen (https://www.washingtonpost.com/news/monkey-cage/wp/2015/05/20/russians-see-ukraine-as-an-illegitimate-state/) des Kreml zur Aufteilung oder gar militärischen Eroberung der Ukraine gezeigt.

Die militärische Überwältigung der Ukraine als tickende Bombe für Putin

Falls Putin heimlich eine Invasion plant, ist es für ihn ein Problem, dass dies russische Menschenleben kosten wird. Und die Aussicht, dass ihre Söhne und Töchter in der Schlacht ihr Leben lassen, lässt sich der Bevölkerung in Russland nur schlecht vermitteln. Das ist sicher auch der Grund, warum Informationen über gefallene russische Militärangehörige in der Ukraine als Staatsgeheimnis gelten und die Veröffentlichung verboten (https://www.rferl.org/a/russia-ukraine-war-casualties-report-leak/27210762.html) wurde.

Aber selbst in Diktaturen wie der in Russland finden Informationen ihren Weg ans Tageslicht, und die Risiken sind bereits bei dem heißen Krieg offensichtlich, den Moskau seit 2014 in der Ostukraine führt. Eine jüngst veröffentlichte Studie (https://www.cambridge.org/core/journals/american-political-science-review/article/abs/authoritarian-rallying-as-reputational-cascade-evidence-from-putins-popularity-surge-after-crimea/B587ECFA7B1280DE42D914DC101296F4#article) hat festgestellt, dass Russ:innen, die durch Kontakte mit Kriegsflüchtlingen über private Informationen zum tatsächlichen Geschehen in der Ukraine verfügen, 2015 erheblich weniger dazu neigten, Unterstützung für Putin zu heucheln. Jene militärischen Operationen sind weitaus weniger umfangreich als das, was Putin jetzt mutmaßlich vorhat. Und die Opfer von sehr viel größeren Konflikten dürften sehr viel schwieriger zu verheimlichen sein.

Eine militärische Bezwingung der Ukraine würde daher auch in Russland selbst zu einer tickenden Bombe werden. Ganz wie die baltischen Staaten innerhalb der UdSSR, obgleich diese ihre Bevölkerung ja sehr viel stärker kontrollierte, als es das derzeitige Regime in Moskau je getan hat. Umfragen (https://www.washingtonpost.com/politics/2022/02/04/majority-ukrainians-support-joining-nato-does-this-matter/) in der Ukraine machen deutlich, dass der Kreml die Ukraine konsequent missverstanden hat, indem er den Rückhalt (https://fivethirtyeight.com/features/war-with-russia-has-pushed-ukrainians-toward-the-west/) der Ukrainer:innen für die Unabhängigkeit nicht erkannt oder nicht ernst genommen hat. Das gilt auch für den Umstand, dass dieser Rückhalt selbst bei jenen stark ist, die vorwiegend russischsprachig sind.

Selbst wenn es zu einem überwältigenden und schnellen militärischen Sieg Russlands kommen sollte – was für Moskau keine ausgemachte Sache sein kann, wenn man die militärische Aufrüstung der Ukraine in den letzten Jahren bedenkt –, sollte man auch Berichte berücksichtigen, dass einige Ukrainer:innen sich auf einen anschließenden Guerillakrieg (https://www.buzzfeednews.com/article/katyamalofeyeva/ukraine-russia-invade-volunteer-fighters-training) vorbereiten. Also sind russische Todesopfer im Falle einer Invasion recht wahrscheinlich, und dies könnte mit der Zeit den Rückhalt für den Kreml beträchtlich bröckeln lassen.

Lieber Butter als Gewehre

Wir wissen, dass die Russ:innen heute lieber »Butter« (wirtschaftliches Wohlergehen) als »Gewehre« (patriotische Euphorie) wollen, um es mit den Begriffen auszudrücken, die Maria Snegovaya in einen unlängst erschienenen Artikel (https://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/1060586X.2020.1750912?journalCode=rpsa20) verwendet. Ihr kluges Umfragenexperiment bestätigt, dass Russ:innen sehr viel weniger Unterstützung für eine selbstbewusst offensive Außenpolitik zeigen, wenn sich dadurch ihre wirtschaftliche Lage verschlechtern würde.

Da die westlichen Führungen klargestellt haben, dass bei einem russischen Übergriff umgehend eine Reaktion in Form von heftigen Wirtschaftssanktionen erfolgen werde, und angesichts der Forschungsergebnisse (https://www.atlanticcouncil.org/wp-content/uploads/2021/05/The-impact-of-Western-sanctions-on-Russia-and-how-they-can-be-made-even-more-effective-5.2.pdf), denen zufolge selbst die viel begrenzteren Sanktionen gegen Russland nach 2014 die Wirtschaft des Landes beeinträchtigt haben, scheint es klar, dass Putin im Falle einer Invasion auch einen wirtschaftlich motivierten politischen Preis zu zahlen hätte. 2014 hatte das Putin nicht so sehr gekümmert, weil (https://journals.sagepub.com/doi/full/10.1177/0022343319866879) der Sammlungseffekt durch die Angliederung der Krim so stark war. Falls jedoch der patriotische Sammlungseffekt durch

eine Invasion, wie sie jetzt im Raume steht, geringer (https://www.washingtonpost.com/politics/2021/04/12/russians-supported-putins-moves-crimea-2014-heres-whats-different-2021/) ausfällt – wovon viele (https://www.washingtonpost.com/outlook/2021/12/08/ukraine-putin-russia-invasion-public-opinion/) ausgehen –, dürften die Sanktionen mit der Zeit sehr viel heftiger auf den Rückhalt für Putin durchschlagen.

Pyrrhussieg

Wenn Putin langfristig denkt, sollten ihn allerdings am stärksten die Ergebnisse einer jüngst von mir unternommenen Studie (https://www.cambridge.org/core/journals/american-political-science-review/article/abs/authoritarian-rallying-as-reputational-cascade-evidence-from-putins-popularity-surge-after-crimea/B587ECFA7B1280DE42D914DC101296F4#article) beunruhigen: Ganze drei Viertel der Unterstützer, die er wegen der Krimannexion hinzugewonnen hatte, haben 2015 ihre Unterstützung wohl nur vorgetäuscht, weil sie angesichts des großen sozialen Drucks, sich patriotisch zu zeigen, eingeschüchtert waren und deshalb ihre Unterstützung bekundeten.

Autokraten dürfte es sicherlich nicht so sehr kümmern, ob die Unterstützung nur vorgetäuscht ist, solang die Menschen auf offene Opposition verzichten, was viele Russ:innen nach 2014 über viele Jahre wohl getan haben. Unterhöhlte politische Strukturen können lange überleben, wenn die Medien streng kontrolliert werden, das Niveau der Repressionen hoch ist und die Frage der Thronnachfolge sich aktuell nicht stellt.

Aber wenn sie dann zusammenbrechen, kann das Ende unerwartet, schnell und spektakulär kommen. Man denke nur an die Diktatoren, die während des Zusammenbruchs des Kommunismus 1989 und während des Arabischen Frühlings 2011 stürzten (https://www.annualreviews.org/doi/abs/10.1146/annurev-polisci-032211-212204): Sie waren alle alt und sahen sich dabei zunehmenden Spekulationen über ihre Nachfolge gegenüber – wie Putin. Vor diesem Hintergrund sollte das jüngste massive Aufbegehren in Belarus und in Kasachstan, also in Ländern mit einem sehr ähnlichen politischen System, in denen die Führer wie Putin in die Jahre kommen, für den Kreml ein Grund zu großer Sorge sein. Ganz zu schweigen von den ständigen Protestausbrüchen in Russland selbst, trotz des immer schärferen Vorgehens des Regimes gegen die Opposition.

Schuldzuweisungen

Falls Putin trotz der Risiken für die Stabilität der eigenen Lage zu einer Invasion entschlossen sein sollte, ist zu erwarten, dass er alles daran setzen wird, diese Risiken zu minimieren. Etwa, indem er versucht es so aussehen zu lassen, als ob nicht er angefangen habe. Er könnte behaupten, der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj habe als erster angegriffen, ganz wie Russland Georgiens Präsident Micheil Saakaschwili im August 2008 beschuldigte, zuerst angegriffen zu haben. Das wäre allerdings wohl wenig glaubhaft, zum Teil, weil Selenskyj in Russland vor allem als russischsprachiger Komiker und Schauspieler bekannt ist, und nicht als hitzköpfiger ukrainischer Nationalist. Passender für die heute in Russland populären Narrative wäre es, wenn russische Truppen in der Ukraine Kräfte »unterstützen« würden, die behaupten, sie wollen nach dem, was Russland den faschistischen »Staatsstreich« von 2014 nennt, »die verfassungsmäßige Ordnung in der Ukraine wiederherstellen«. Diese Argumentationslinie (https://www.politico.eu/article/russia-plan-coup-ukraine-uk-foreign-office/) würde mit Putins langjähriger Selbstdarstellung in Russland übereinstimmen, die ihn als einen eher auf Zusammenarbeit setzenden Moderaten zeichnet, denn als Hardliner, der Invasionen unternimmt. Es gibt weiterhin wenig Gründe zu glauben, dass durchschnittliche Russ:innen besonders glücklich sind, wenn wegen einer »verfassungsmäßigen Ordnung« der Ukraine das Blut ihrer Kinder vergossen oder ihr Lebensstandard geopfert wird. Die USA und ihre Partner sollten gleichwohl sorgsam Aktionen vermeiden, die ein solches Narrativ in Russland glaubwürdiger machen. Leider könnte die Verlegung von US-Truppen in die Nähe der Ukraine, aber (was wichtig ist) nicht tatsächlich in die Ukraine selbst, Putin in diesem Sinne helfen, ohne dass dabei irgendein abschreckender Effekt entsteht.

Fazit

Falls Putin all diese Dinge bewusst sind, was zu hoffen ist, könnte es sein, dass er vielleicht doch keine Invasion unternimmt. Er könnte (https://www.ponarseurasia.org/putin-has-off-ramps-lets-not-block-them/) leicht einen Rückzieher machen und würde dabei nur wenig innenpolitisches Kapital verlieren, selbst ohne einen Deal. Er würde vielleicht sogar gestärkt aus der Krise hervorgehen, weil er dem Westen gezeigt hat, wie ernst es ihm mit Russlands Befürchtungen ist. Es könnte also sehr wohl sein, dass er blufft. Dennoch bleibt aber auch die Möglichkeit, dass er die Dinge nicht verstanden hat. Staatschefs unternehmen öfter Schritte, die ihren Rückhalt langfristig schmälern. In dem Fall wird Putin später den Preis zu zahlen haben.

Stand : 15. Februar 2022

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Informationen über den Autor und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über den Autor
Henry E. Hale ist ein führender Experte für Fragen der öffentlichen Meinung in Russland und Verfasser des Buches »Patronal Politics« (Cambridge University Press, 2014). Er ist für seine Forschungen mit zwei Preisen der American Political Science Association ausgezeichnet worden. Er ist Professor für Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen am Institut für Europa-, Russland und Eurasienstudien (IERES, https://ieres.elliott.gwu.edu/)) der George-Washington-Universität und Ko-Direktor von PONARS Eurasia (http://www.ponarseurasia.org/).

Lesetipps

- Snegovaya, Maria: Guns to butter: sociotropic concerns and foreign policy preferences in Russia. In: Post-Soviet Affairs, 36.2020, Nr. 3, S. 268–279; DOI: 10.1080/1060586X.2020.1750912.
- Hale, Henry: Authoritarian Rallying as Reputational Cascade? Evidence from Putin's Popularity Surge after Crimea. In: American Political Science Review, 2021, S. 1–15. DOI: 10.1017/S0003055421001052.

Kriegsoptimismus im Russland-Ukraine-Konflikt: Grund zum Pessimismus?

Olena Lennon (Universität New Haven)

Russlands militärischer Aufmarsch in Richtung Ukraine, der die heftigsten Spannungen zwischen Russland und dem Westen seit dem Ende des Kalten Krieges ausgelöst hat, ist in den letzten Tagen in eine kritische Phase getreten. Das Weiße Haus hat mit Verweis auf neue nachrichtendienstliche Erkenntnisse (https://thehill.com/homenews/administration/593903-white-house-says-russian-invasion-could-begin-any-day-urges-us) eine Warnung veröffentlicht, dass der Kreml in der Lage sei, »jederzeit eine großangelegte militärische Operation zu unternehmen«. Die ukrainische Führung hat zwar endlich anerkannt, dass eine massive Offensive droht, doch wird weiterhin heruntergespielt, (https://www.pravda.com.ua/news/2022/02/12/7323742/) dass eine unmittelbare Gefahr droht. Ebenso wird ungeachtet des Umstands, dass die US-Regierung (https://www.politico.com/news/2022/02/11/white-house-warns-russian-invasion-threat-is-immediate-00008299)und andere Länder den Großteil ihres Personals aufgefordert haben, die Ukraine umgehend zu verlassen, dazu aufgerufen, die Ruhe zu bewahren.

Seit Beginn dieser Eskalation ist die ukrainische Führung für ihre ruhige Art sowohl gelobt als auch kritisiert worden: Gelobt wurde sie dafür, dass eine (kostspielige) voreilige Mobilisierung unterblieb und versucht wurde, die ukrainische Währung sowie die Märkte zu schützen. Kritisiert wurde sie dafür, dass wertvolle Zeit zur Vorbereitung auf einen Krieg und auf eine Evakuierung von Zivilisten vergeudet wurde. Obwohl er sich einem außerordentlichen Aggressor gegenübersteht, schien der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj unbeirrt von den unheilvollen Anzeichen für ein mögliches Blutvergießen. Auch der russische Präsident Wladimir Putin – als Aggressor wahrgenommen – scheint angesichts des drohenden Blutvergießens unbeirrt zu sein. Beide Präsidenten scheinen – jeder auf seine Weise – an Kriegsoptimismus zu leiden, einer Form von Selbsttäuschung, die einen dazu bringt, allzu optimistisch zu beurteilen, wie die Chancen stehen, ihre Ziele zu erreichen. Dabei wird das zu Gewinnende aufgebläht und werden die Risiken kleingeredet. Selenskyjs Kriegsoptimismus mag zwar aus Verzweiflung und einem Überlebenswillen erfolgen – in Verbindung mit Putins kampfeslustigem und neoimperialen Kriegsoptimismus jedoch ist er brandgefährlich.

Selenskyjs Optimismus könnte zweifellos berechtigt sein, da er für die psychologische und physische Stärkung einer kämpfenden Nation förderlich sein kann. Wenn der Optimismus jedoch auf Irrglauben beruht, kann das besonders dann, wenn es um Leben und Tod geht, verheerende Folgen haben. Man schaue sich nur Armeniens jüngste Niederlage (https://www.themoscowtimes.com/2020/12/21/a-look-at-the-military-lessons-of-the-nagorno-karabakh-conflict-a72424) im zweiten Krieg um Bergkarabach an, die in nicht geringem Maße darauf zurückzuführen ist, dass die armenische Führung die eigene Stärke überschätzte und die des Gegners unterschätzte.

Selenskyjs Optimismus speist sich aus drei Quellen: die verbesserten militärischen Fähigkeiten, die internationale Unterstützung und das hohe Niveau des Patriotismus und der Mobilisierung in der Ukraine.

Die Kampfbereitschaft (https://www.reuters.com/business/aerospace-defense/how-ukraines-armed-forces-shape-up-against-russias-2022-02-01/) und militärische Effektivität der Ukraine haben sich in der Tat nach 2014 verbessert. Die modernisierte militärische Ausrüstung,

die aus eigener wie ausländischer Produktion stammt, hat in Kombination mit besser ausgebildeten Truppen (https://www.defenseone.com/threats/2021/11/ukraine-wants-more-exercises-training-us/187018/) – was sowohl auf Kampferfahrung wie auch auf taktische Ausbildung unter Führung der NATO zurückzuführen ist – dazu geführt, dass das ukrainische Militär mittlerweile zu den besten Streitkräften in Europa zählt. Die fortgesetzte diplomatische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung durch den Westen hat die Regierung Selenskyj ebenfalls bestärkt und ihr Auftrieb gegeben. Die USA und die NATO haben ihre Unterstützung für die Souveränität und die territoriale Integrität der Ukraine bekräftigt und die Lieferung von Waffen und Ausrüstung zur Verteidigung drastisch aufgestockt (https://www.wsj.com/articles/u-s-led-air-bridge-of-weapons-to-ukraine-seeks-to-shore-up-kyivs-ability-to-resist-russia-11644140852).

Das neue Gefühl des Patriotismus und der Widerstandsfähigkeit in der ukrainischen Bevölkerung ist nicht weniger ermutigend. In einer Umfrage vom Februar 2022 (https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1099&page=1) meinten rund 57 Prozent der Ukrainer:innen, dass sie im Falle einer neuen russischen Invasion bewaffneten Widerstand leisten würden (Bemerkenswert sind hier die regionalen Unterschiede: Die Bereitschaft zum Widerstand liegt im Westen der Ukraine bei 72 Prozent und im Osten bei 30 Prozent). Die Ukraine hat ihre für die Territorialverteidigung bestimmten Streitkräfte, die ursprünglich eine eigene Truppengattung darstellten, so umstrukturiert, dass zwei Millionen Ukrainer:innen für den Schutz ihrer Häuser und der wichtigsten zivilen Infrastruktur rekrutiert werden können. In einer Umfrage vom Januar 2022 sagten 56 Prozent der Ukrainer:innen (https://uifuture.org/publications/chy-gotovi-ukrayinczi-do-velykoyi-vijny-rezultaty-socziologichnogo-doslidzhennya/), sie würden sich der neuen Truppe anschließen.

Diese Entwicklungen können gewiss die Moral stärken und für Optimismus sorgen. Bei näherer Betrachtung könnte das jetzt aber nicht ausreichen, um sich der russischen Aggression entgegenzustellen. Erstens ist das Verteidigungspotenzial zwar verbessert, hat aber gegen Russland wenig Chancen, nicht zuletzt wegen der Lücken in der ukrainischen Luftabwehr und bei den Fähigkeiten zur elektronischen Kampfführung. Zweitens haben die Streitkräfte der Ukraine (https://www.ukrmilitary.com/2021/02/utrymannya.html) gegenwärtig eine Personalstärke von ungefähr 250.000, was nur rund ein Viertel der im aktiven Dienst stehenden russischen Truppen ist, die Reservisten nicht mitgerechnet. Die ukrainischen Streitkräfte dürften es schwer haben, einer Invasion auf dem Boden standzuhalten. Die ukrainische Widerstandsbewegung mag zwar inspirierend sein, könnte aber gegen wohlbewaffnete konventionelle russische Kräfte, die für eine schnelle Invasion und eine längere Besetzung bereitstehen, weniger hilfreich sein.

Hinzu kommt, wie Dara Massicot, eine leitende Politikwissenschaftlerin von der RAND Corporation anmerkte, dass die russische Strategie (https://www.defenseone.com/ideas/2022/01/ukraine-needs-help-surviving-airstrikes-not-just-killing-tanks/360898/) eine »kurze und intensive ›Initialphase des Kampfes‹ [betont], die entscheidende Wirkungen erzielen könnte, bevor die Bodenstreitkräfte voll im Einsatz sind«. Und schließlich bedeutete der Umstand, dass es zwar eine Unterstützung durch den Westen gibt, aber auch Risse zwischen den europäischen Nationen zur Frage der Waffenlieferungen in die Ukraine und der Sanktionen gegen Russland bestehen, dass die Erwartungen hinsichtlich einer geschlossenen Front des Westens gedämpft wurden.

Selenskyjs Kriegsoptimismus könnte zwar teuer zu stehen kommen, das ist aber weit von den verheerenden Folgen entfernt, die Putins Kriegsoptimismus haben kann. Traditionell speist sich ein Großteil des übersteigerten Selbstbewusstseins der russischen Führung aus der militärischen Stärke des Landes, insbesondere seit der jüngsten Modernisierung (https://www.iiss.org/blogs/analysis/2020/09/rmm-introduction) der Streitkräfte. Russland ist zudem in der Lage gewesen, seine Wirtschaft gegen Sanktionen zu wappnen (https://www.wsj.com/articles/russias-attempts-to-sanction-proof-its-economy-have-exposed-a-weak-spot-11643193911), nämlich durch eine konservative Haushaltspolitik, zu der eine Loslösung vom US-Dollar gehört wie auch eine Reduzierung des Anteils seiner Schulden, der von ausländischen Investoren gehalten wird. Darüber hinaus glaubt der Kreml optimistischer weise, dass die Europäer eine rationale Entscheidung zugunsten stabiler und erschwinglicher Energielieferungen aus Russland treffen und dabei einigen geopolitischen Forderungen entgegenkommen würden (etwa durch eine Blockierung einer NATO-Mitgliedschaft der Ukraine).

Das überzogene Selbstbewusstsein des Kreml weist aber auch einige blinde Flecken auf. Die größeren und technologisch fortschrittlicheren russischen Streitkräfte können zwar die Armee der Ukraine bezwingen und relativ schnell große Teile des ukrainischen Territoriums erobern, wobei möglicherweise ein Regimewechsel in Kiew das Ziel wäre. Doch schätzen Experten (https://www.wsj.com/articles/russian-buildup-near-ukraine-features-potent-weapons-systems-well-trained-troops-11644789065), dass mit der Zeit ein personalintensiver Kampf in den Städten für den Kreml eine echte Herausforderung bedeuten würde. Hinzu kommt, dass die Russen zwar die Kapazitäten haben, um die ukrainischen Widerstandsbewegungen zu besiegen, doch könnten sie unterschätzen, wie stark der unumkehrbare Wandel ist, den die ukrainische Gesellschaft aufgrund ihrer

prowestlichen Bestrebungen durchlaufen hat. Bei einer Umfrage vom Februar 2022 (https://ratinggroup.ua/ru/research/ukraine/dinamika_vneshnepoliticheskih_orientaciy_16-17_fevralya_2022.html) sagte eine Mehrheit der Ukrainer:innen, dass sie für einen Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union und zur NATO sind (68 bzw. 62 Prozent). Mehrere Studien (https://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/260/einstellungen-junger-ukrainer-innen-zur-sowjetischen-vergangenheit/) haben darüber hinaus gezeigt, dass die meisten Ukrainer:innen ihre sowjetische Vergangenheit und deren Erbe eher kritisch betrachten – im Unterschied zur Haltung in Russland. (https://www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=872&page=6) Anders gesagt: Präsident Putin dürfte nicht das Publikum vorfinden, von dem er glaubt, es im Sturm erobern zu können und auf das er im Sinne eines nachhaltigen prorussischen Regimes zählt. Zusätzlich würde ein Wiederaufbau nach einem Krieg eine enorme Belastung für den russischen Haushalt bedeuten, insbesondere mit Blick auf die angekündigten heftigen Sanktionen.

Es stimmt zwar, dass die westlichen Sanktionen bislang keinen Erfolg hatten, den Kreml zu einer Beendigung der Aggression gegen die Ukraine zu bewegen und eine weitere Eskalation abzuwenden, doch die zusätzlichen Strafsanktionen (https://www.nytimes.com/2022/01/29/us/politics/russia-sanctions-economy.html) gegen Russland, die die USA und ihre europäischen Partner angedroht haben, könnten die russische Wirtschaft lähmen und für die Milliardäre und Regierungsbeamten wie auch für die gewöhnlichen Bürger:innen des Landes schmerzhaft werden.

Angesichts der vielen blinden Flecken im Kriegsoptimismus wäre es hilfreich, dass Selenskyj und Putin, wie auch andere politische Führer zumindest eine Pause einlegen, dass sie die eigenen Illusionen sowie die der anderen Akteure erkennen und dass sie versuchen, die Wirkungen dieser Illusionen dadurch abzumildern, dass alternative Informationsquellen und Interpretationen zu Rate gezogen werden. Die Führungen sollten zudem gewährleisten, dass die Menschen in ihrer Umgebung nicht nur kein Problem damit haben, schlechte Nachrichten zu vermelden, sondern auch, dass die Anreize für eine korrekte tatsachenbasierte Berichterstattung stärker sind als die für eine strukturelle »Schweigekultur« (https://warontherocks.com/2019/01/self-deception-and-the-conspiracy-of-optimism/) in der Organisation.

Während die hektischen diplomatischen Bemühungen zwischen westlichen Führern, Moskau und Kiew weitergehen, sollten alle beteiligten Seiten sehr ernsthaft die Gründe für ihren Optimismus hinterfragen, nämlich den Optimismus, dass weitere Gewalt tatsächlich etwas daran ändern wird, dass politische Verhandlungen und Zugeständnisse unausweichlich sind.

Stand: 16. Februar 2022

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über die Autorin
Olena Lennon, Ph.D. war Fulbright-Stipendiatin aus der Ukraine und ist gegenwärtig Adjunct Professor für Politikwissenschaft und Nationale Sicherheit an der Universität New Haven.

Desinformation: ein hoch aktuelles Konzept aus dem letzten Jahrhundert

James Rodgers (City-Universität, London)

»Desinformazija« – »Desinformation« auf Russisch – ist ein Wort, das aus dem 20. Jahrhundert stammt und das Kommunikationsfeld zwischen Moskauer Elite und dem Westen im 21. Jahrhundert treffend symbolisiert. Im Zuge der aktuellen Auseinandersetzung um die Ukraine – sowie der unterschiedlichen Darstellung dieser Krise in westlicher und russischer Presse und öffentlicher Meinung – ist dieses Feld zu einem virtuellen Schlachtfeld geworden, das die Verlagerung von Truppen und Panzern an die verschneite Grenze überschattet.

Die exakte Herkunft des Wortes liegt – genau wie der Ursprung effektiver Desinformation – im Dunkeln. Laut Oxford English Dictionary von 1949 findet es sich erstmals in gedruckter Form in einem sowjetischen Russischwörterbuch. Dieses Wörterbuch führt wiederum einen angeblichen französischen Ursprung des Wortes an, wobei sich das Wort im Französischen nicht vor 1954 finden lässt.

Welches Datum auch richtig ist – 1949 oder 1954 –, entscheidend ist die Ära. Im September 1949 verwendete der New York Times-Korrespondent Harrison Salisbury den Ausdruck »Kalter Krieg« in einem seiner Berichte. Dieser Begriff war damals so neu, dass er Anführungszeichen bekam. 1954 übereignete die sowjetische Führung die Krim von Russland an die Ukraine – ein Akt, der im Rahmen der damaligen internationalen Beziehungen viel weniger bedeutsam war, da sowohl Russland als auch die Ukraine zur Sowjetunion gehörten.

Es war auch die Zeit, in der die letzte Wärme der Kriegsallianz zwischen Moskau, London und Washington entschwand. Die anschließende Chruschtschow-Ära brachte verglichen mit dem, was vorher gewesen war, einige Verbesserungen – wichtigstes Beispiel: die Berichte von Auslandskorrespondenten wurden vor ihrer Versendung nicht mehr zensiert. Die folgenden Jahrzehnte bis fast zum Ende der Sowjetzeit waren für internationale Korrespondenten in Moskau wieder hart.

Ihre Aufgabe war es, die Geschichte einer Gesellschaft zu erzählen, die die Welt ganz anders betrachtete, als der Westen sie sah. Diese Gesellschaft hatte über drei Jahrzehnte hinweg einen Transformationsprozess durchlaufen, bei dem sie sich bis zur Unkenntlichkeit verändert hatte. Dem Zusammenbruch des Sowjetsystems folgte eine Periode der Freundschaft und der Kooperation.

Diese warf jedoch auch eine Reihe offener und schwieriger Fragen auf. Einige Territorialstreitigkeiten gemahnten nach dem Zusammenbruch daran, dass der Entwurf des sowjetischen Staates eine Teilung nicht einfach machte. Die Krim war eine dieser schwierigen Fragen – 2014 entschied Moskau sich, sie durch Waffengewalt zu lösen, indem es die Halbinsel der Ukraine durch Annexion abnahm.

Heute befinden sich internationale Nachrichtenorganisationen im Zentrum der erneuerten Konfrontation zwischen Russland und dem Westen. Anfang Februar 2022 folgte kurz auf den Entzug der RT (ehemals: Russia Today) Sendelizenz für Deutschland die Schließung des Deutsche Welle-Büros in Moskau.

Wie bereits bei früheren Schwierigkeiten von RT UK mit der britischen Regulierungsbehörde Ofcom (2019 wurde RT wegen »fehlender Objektivität« in der Berichterstattung ein Bußgeld von umgerechnet 236.000 Euro auferlegt), reagierten die Regulierungsbehörden auf Verstöße gegen ihre Regeln. Ihre Schritte wurden in Moskau in der Folge unweigerlich als politisch motiviert angesehen.

Die Antwort der russischen Regierung zeigt, wie zentral für sie die Bedeutung der Medien als Werkzeug in den internationalen Beziehungen ist. Die frühe postsowjetische Phase war von einer bis dahin nicht gekannten Freiheit der Presse in Russland geprägt, für russische wie auch internationale Journalisten. Dieser Zustand hielt nicht an. Was die internationalen Journalisten betrifft, so führten negative Berichte über die Militärangriffe der russischen Armee Mitte der 1990er Jahre in Tschetschenien zu einer stärkeren Kontrolle der Berichterstatter, als der Konflikt Ende der 1990er Jahre erneut ausbrach. Seither scheinen die russischen Behörden aus ihren Fehlern gelernt zu haben – und versuchen, diese zu korrigieren. 2006 stellten sie westliche PR-Berater ein, um eine ihnen stärker wohlgesonnene Berichterstattung zu erreichen. Inzwischen versuchen sie über den Einsatz von Social Media und natürlich RT, selbst Narrative zu formen.

Denn in unserem Zeitalter der Desinformation – das entsprechenden vergangenen Zeitaltern zwar ähnelt, die Masse an Material, die dem heutigen Publikum zur Verfügung steht, ist jedoch bei weitem größer als früher – ist Information ein unverzichtbarer Teil von internationaler Diplomatie und internationalen Konflikten. »Ich denke, dieser Aspekt ist in unserem Jahrhundert und in einem Konflikt, in dem eine riesige Macht einem kleinen Staat gegenübersteht, fast so wichtig wie die militärische Auseinandersetzung«, sagte Shota Utiaschwili, ein Sprecher der georgischen Regierung, in einem Beitrag (https://www.bbc.co.uk/programmes/p02sbq12), den ich für BBC World Service über den PR-Kampf gemacht habe, der den russischen Krieg gegen Georgien 2008 begleitete.

Diese Bedeutung zeigt sich auch in der gegenwärtigen Auseinandersetzung um die Ukraine sehr deutlich. Wie auch immer sie endet – Politiker, Journalisten und das rezipierende Publikum haben gleichermaßen Berge unzuverlässiger Inhalte zu bewältigen, bevor sie sich ein annähernd wahres Bild von den Geschehnissen machen können.

Stand: 14. Februar 2022

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

Über den Autor
James Rodgers ist Associate Professor im Studiengang Internationaler Journalismus an der Londoner City-Universität. Er ist Autor von vier Büchern über internationale Beziehungen, zuletzt erschien 2020 »Assignment Moscow: Reporting on Russia from Lenin to Putin« bei Bloomsbury Academic. James war BBC-Korrespondent in Moskau.

Lesetipps

James Rodgers (2020): Assignment Moscow: Reporting on Russia from Lenin to Putin, Bloomsbury Publishing.

Die Russland-Ukraine Krise: Wo steht Deutschland?

Stefan Meister (Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin)

Der russische Truppenaufmarsch an der Grenze zur Ukraine seit Dezember 2021 dient dazu, massiven Druck auf die USA, NATO und EU-Staaten auszuüben, um eine neue europäische Sicherheitsordnung auszuhandeln. Für die russische Führung scheint der Zeitpunkt für ein Ultimatum zur Aushandlung von Einflusssphären, Garantien für ein Ende der NATO-Erweiterung in Europa und einen Rückzug vor allem der USA aus den östlichen NATO-Mitgliedsstaaten günstig, da die USA und die europäischen Schlüsselstaaten geschwächt sind. US-Präsident Joe Biden wollte sich aus der europäischen Sicherheitspolitik zurückziehen und den Europäern mehr Verantwortung für ihre eigene Sicherheit übertragen, um sich auf den globalen Konflikt mit China zu konzentrieren. In Frankreich wird es Präsidentschaftswahlen im April geben und vor allem die rechten, z. T. Putin-freundlichen Kandidaten sind die gefährlichsten Gegner für Emmanuel Macron. Seit der Bundestagswahl im Herbst 2021 regiert in Berlin eine Ampelkoalition aus Sozialdemokraten unter Kanzler Olaf Scholz, den Grünen und Liberalen, die insbesondere im Umgang mit Russland noch keine konsolidierte Position hat.

Im Koalitionsvertrag wurde bereits deutlich, dass sich die neue Bundesregierung zwar zu mehr Engagement in den Ländern der Östlichen Partnerschaft der EU sowie zur territorialen Integrität der Ukraine bekennt. Jedoch ist das Kapitel zum Verhältnis zu Russland vage formuliert und erscheint als schwieriger Kompromiss zwischen den Parteien. Die umstrittene Pipeline Nord Stream 2 wird mit keinem Wort erwähnt, sondern nur indirekt angesprochen, indem große Energieprojekte im EU-Rahmen reguliert werden sollen. Die Vielstimmigkeit aus dem Bundestag zu Themen wie Waffenlieferungen an die Ukraine, die Möglichkeit der Sanktionierung von Nord Stream 2 oder die Abkopplung Russlands vom internationalen Zahlungssystem SWIFT, sollte es zu einem Angriff auf die Ukraine kommen, hat Irritationen bei den Verbündeten in Europa und den USA ausgelöst. Linke SPD-Politiker wie Rolf Mützenich hatten im Wahlkampf bereits die »Nukleare Teilhabe« in Frage gestellt. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (ebenfalls SPD) hatte noch vor einem Jahr Nord Stream 2 und Energiebeziehungen als »fast die letzte Brücke« nach Russland bezeichnet.

Bundeskanzler Scholz hat durch fehlende Kommunikation und ambivalente Äußerungen zu Sanktionen und Nord Stream 2 nicht für Klarheit gesorgt. Einzig beim Thema Waffenlieferungen an die Ukraine scheint es einen Konsens in der Bundesregierung zu geben, nämlich, dass es diese definitiv nicht geben wird. Die Nähe einiger SPD-Politiker zum ehemaligen Bundeskanzler und Präsidenten des Verwaltungsrates von Nord Stream 2 Gerhard Schröder sowie dessen Aussagen zum Säbelrasseln durch die Ukraine im aktuellen Konflikt, haben weiter irritiert und die Frage aufkommen lassen, ob Deutschland noch ein verlässlicher Verbündeter ist.

Dass Deutschland seine Verpflichtungen im Rahmen der NATO mit Blick auf Artikel 5 erfüllen wird und sein Truppenkontingent in Litauen, wie bereits länger geplant war, aktuell aufstockt, steht außer Zweifel. Dass, sollte es zu einem massiven russischen Angriff auf die Ukraine kommen, Nord Stream 2 nicht in Betrieb gehen und die Bundesregierung mit ihren Verbündeten in Europa und den USA abgestimmten Sanktionen zustimmen wird, haben Regierungsmitglieder mehrfach deutlich gemacht. Die Ambivalenz in der deutschen Position und Kommunikation erscheint jedoch in der aktuellen sicherheitspolitischen Bedrohung nicht angemessen. Dieses Verhalten spiegelt die Spaltung in der deutschen Politik und Gesellschaft im Umgang mit Russland und der Ukraine wider sowie die Ablehnung, mehr Verantwortung in sicherheitspolitischen Fragen in Europa zu übernehmen.

Deutschland war über Jahrzehnte der wichtigste europäische Wirtschafts- und Verhandlungspartner Russlands. Ökonomische Interessen, die wirtschaftliche Bedeutung Deutschlands sowie historische Schuld (2. Weltkrieg) und Dankbarkeit (deutsche Wiedervereinigung) prägten das Verhältnis beider Staaten. Diese Zeit ist jedoch vorbei: Russland ist im deutschen Außenhandel auf Platz 14 abgerutscht und deutsche Firmen verlassen das Land. Die Annexion der Krim und der Krieg im Donbas 2014 sowie russische Desinformationskampagnen, der Tiergartenmord, der Versuch des russischen Staates, den Oppositionspolitiker Alexei Nawalny zu töten sowie das Vorgehen gegen die russische Zivilgesellschaft und vor allem die Menschenrechtsorganisation Memorial haben zu einer Entfremdung zwischen beiden Staaten geführt. Russland definiert Deutschland zunehmend als Gegner, den es mit Hackerattacken und Desinformationskampagnen versucht zu schwächen.

Vor diesem Hintergrund hat die deutsche Politik es versäumt, ihre Russland- und Osteuropapolitik den aktuellen Realitäten anzupassen und dies auch in der deutschen Öffentlichkeit zu diskutieren. Sie hat weiterhin versucht, die Illusion einer Kooperations- und Engagementpolitik aufrechtzuerhalten, die seit Jahren ins Leere läuft. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat Nord Stream 2 lange als ein wirtschaftliches Projekt

bezeichnet und auch ihr Nachfolger Olaf Scholz sieht die Pipeline als rein privatwirtschaftlich an. Dass dieses Projekt in erster Linie geopolitische Ziele verfolgt, indem es die die Ukraine als Transitland überflüssig und damit die Ukraine für Russland erpressbar macht, ist aus wirtschaftlichen Interessen ignoriert worden. Der Wandel Russlands zu einem repressiven Staat nach innen und aggressiven Staat nach außen spätestens seit 2012 ist in der deutschen öffentlichen Debatte in den letzten Jahren nur ansatzweise wahrgenommen worden. Deutschland bezieht inzwischen 55 Prozent seines Gases aus Russland und hat wichtige Infrastruktur wie Gasspeicher an russische Unternehmen verkauft. Der größte von Gazprom betriebene Gasspeicher in Deutschland ist aktuell nur mit 3,7 Prozent gefüllt, was zu Lieferengpässen im Falle eines Konfliktes mit Russland führen könnte. Damit hat sich Deutschland auch unter Angela Merkel verletzlicher und abhängiger von einem autoritären Staat gemacht, der zunehmend revisionistisch auftritt.

Dabei gehen Risse durch alle Parteien in der Frage, wie mit Russland umzugehen sei. Pazifismus, Antiamerikanismus, die Ignoranz von geo- und sicherheitspolitischen Verschiebungen in Europa und weltweit zeugen von einer Realitätsverweigerung der deutschen Politik. Deutschland ist zum wichtigsten Geldgeber und Fürsprecher der Ukraine in den letzten Jahren geworden. Für Angela Merkel war der Krieg im Donbas Chefsache, sie hat ihr politisches Kapital für diesen Konflikt in die Verhandlungen mit Russland eingebracht. Trotzdem haben alle bisherigen Bundesregierungen Nord Stream 1 und 2 unterstützt und damit das Ziel einer Stärkung der Ukraine untergraben. Das russische Ziel Nord Stream 2 zu bauen, zielt darauf ab, die ukrainische Pipeline vom Netz zu nehmen, was das Land erpressbarer und verletzlicher gegenüber Russland macht. Das Abkommen mit US-Präsident Biden zu Nord Stream 2, die Idee, Flüchtlinge aus Belarus in die Ukraine zu transportieren, unglückliche Debatten über das Nichtliefern von Waffen aufgrund der Schuld aus dem 2. Weltkrieg gegenüber Russland aber nicht der Ukraine, haben zu einer tiefen Entfremdung mit der Ukraine geführt.

Für Deutschland steht die Glaubwürdigkeit und Rolle als Europas wichtigster Verhandler mit der russischen Führung auf dem Spiel. Die aktuelle Bundesregierung hat erst spät in die Verhandlungen mit Russland eingegriffen. Es wird in Berlin noch immer angenommen, dass Moskau aufgrund der hohen Kosten, die ein militärischer Angriff auf die Ukraine bedeuten würde, eher blufft und letztlich nicht angreifen wird. Jedoch geht es um mehr als »nur« die Ukraine. Es geht um die Zukunft der europäischen Sicherheitsordnung und die Rolle Deutschlands als verantwortungsvolle Führungsmacht.

Stand: 14. Februar 2022

Über den Autor
Stefan Meister leitet das Programm Internationale Ordnung und Demokratie bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Davor war er Direktor des Südkaukasusbüros der Heinrich Böll Stiftung in Tiflis und in verschiedenen Positionen bei der DGAP und dem European Council on Foreign Relations tätig.

Russlands Passportisierung des Donbas: Von einer eingeschränkten zu einer vollwertigen Staatsbürgerschaft?

Fabian Burkhardt, Cindy Wittke, Elia Bescotti (Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Regensburg), Maryna Rabinovych (Universität Agder, Norwegen)

Warum ist die Passportisierung des Donbas von Bedeutung?

Die Passportisierung, d. h. die extraterritoriale und massenhafte, in einem Schnellverfahren durchgeführte Einbürgerung von Bewohner:innen des Donbas seit April 2019, zeigt, dass die russische Invasion der territorialen Integrität und Souveränität der Ukraine ein gradueller und kontinuierlicher Prozess ist, der nicht nur mit militärischer Gewalt erfolgt.

Bis Ende Januar 2022 haben nach Angaben der selbsternannten »Volksrepublik Donezk« (»DNR«) und »Volksrepublik Luhansk« (»LNR«) 635.000 ihrer Einwohner:innen russische Pässe erhalten. Je nach der Bevölkerungszahl, die man den Schätzungen zugrunde legt, verfügen somit zwischen 22 und 35 Prozent der Bevölkerung der »Volksrepubliken« über russische Pässe.

Gegenwärtig sind insbesondere die möglichen militärischen Folgen der Passportierung von Relevanz: Laut Verfassung ist die Russische Föderation verpflichtet, ihre Bürger:innen auch außerhalb des russischen Staatsgebiets zu schützen. Das föderale Gesetz »Über die Verteidigung« ermächtigt den Präsidenten, Truppen ins Ausland zu entsenden, um russische Staatsbürger:innen vor einem bewaffneten Angriff zu schützen. Russland berief

sich bereits im Konflikt mit Georgien (2008) und der Ukraine (2014) auf dieses Gesetz, um militärische Interventionen zu rechtfertigen.

Vertreter der »DNR« und der »LNR« sowie russische Offizielle warnten wiederholt vor angeblichen »Provokationen« seitens der Ukraine oder Plänen zur gewaltsamen Rückeroberung der nicht von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebiete im Donbas, was zu einem »Völkermord« an der russischen Bevölkerung führen würde. Regierungsvertreter:innen der Vereinigten Staaten erklärten, dass Russland eine Operation unter falscher Flagge durchführen könnte, um einen Vorwand für eine Intervention zu schaffen.

Während international noch verhandelt wird und eine militärische Eskalation verhindert werden könnte, verändert Russland parallel den Status quo in den »Volksrepubliken« zu seinen Gunsten, indem es den Bewohner:innen des Donbas Pässe aushändigt und Sozialleistungen gewährt. Russland hat ihnen bereits das Wahlrecht für die Teilnahme am Verfassungsplebiszit 2020 und den Wahlen zur Staatsduma 2021 eingeräumt. Es bleibt aber festzuhalten, dass die Passportierung eindeutig ein Instrument des extraterritorialen Regierens ist, das die Integration der »Volksrepubliken« mit Russland vertieft. Dennoch wäre es fehlgeleitet, die Passportierung als Anzeichen für eine »schleichende Annexion« zu werten. Denn Moskau bevorzugt derzeit immer noch, den Donbas außerhalb von Russland als Druckmittel nutzen zu können, gerade weil die Frustration Russlands über die Minsker Abkommen gewachsen ist.

Die russische Staatsbürgerschaft wird für einen unbegrenzten Zeitraum verliehen, weshalb die Passportierung über die aktuelle politische Situation hinaus langfristige Auswirkungen haben wird. Das ist ein Umstand, der für jedes mögliche Nachkriegsszenario in Betracht gezogen werden muss. Die Auswirkungen auf die Souveränität der Ukraine sind somit von langfristiger Natur.

Russland gewährt vermehrt Sozialleistungen und Wahlrechte, die aus der Staatsbürgerschaft erwachsen

Die Passportierung des Donbas begann im April 2019, um Druck auf den neu gewählten ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj auszuüben. Die Ukraine lässt keine doppelte Staatsbürgerschaft zu und betrachtet die passportisierten Bewohner:innen des Donbas nach wie vor ausschließlich als ukrainische Staatsbürger:innen. Die Vereinigten Staaten und die Europäische Union erkennen diese Pässe nicht an und werten die Passportisierung als Verstoß gegen die Minsker Abkommen.

Im Laufe der Zeit hat die Passportierung dem russisch-ukrainischen Konflikt eine neue Dynamik verliehen, die von unten, also von den Ansprüchen, die sich aus der russischen Staatsbürgerschaft ableiten lassen, ausgeht. Die Bewohner:innen des Donbas werden nämlich nicht automatisch zu vollwertigen Mitgliedern des russischen Staates, sondern zu so genannten »eingeschränkten Bürger:innen« mit spürbar verminderten Ansprüchen auf Rechte und staatliche Leistungen. Dies hat insbesondere damit zu tun, dass viele Bürgerrechte an den Wohnsitz auf dem russischen Staatsgebiet gebunden sind. Doch die meisten Bewohner:innen des Donbas haben ihren Wohnsitz in den »Volksrepubliken«. Daher hatten die passportisierten Bewohner:innen des Donbas etwa keinen Anspruch auf russische Sozialleistungen. Wie wir in dem Forschungsbericht »*Passportization, Diminished Citizenship Rights, and the Donbas Vote in Russia's 2021 Duma Elections*« zeigen, wirkte sich die eingeschränkte Staatsbürgerschaft auch auf das Wahlrecht bei den Parlamentswahlen aus. Die Bewohner:innen des Donbas mussten in die russische Region Rostow reisen, um ihre Stimme abzugeben, und sie durften nur für Parteien, nicht aber für Direktkandidierende in Einerwahlkreisen stimmen. Um die Wahlbeteiligung unter den Bürger:innen des Donbas zu steigern, ermöglichte Russland erstmals die elektronische Stimmabgabe in den »Volksrepubliken« über das russische e-Government-Portal *Gosuslugi*.

Aus unserer Analyse gehen mehrere Erkenntnisse über die politischen Präferenzen der Bevölkerung des Donbas hervor: Mit rund 200.000 abgegebenen Stimmen lag die Wahlbeteiligung unter den passportisierten Bewohner:innen des Donbas bei etwas mehr als 40 Prozent und damit höher als beim Verfassungsreferendum im Jahr 2020, als knapp über 10 Prozent ihre Stimme abgaben. Je nachdem, welche Annahmen man über die Bevölkerungszahl in den »Volksrepubliken« trifft, lag die Wahlbeteiligung in der Gesamtbevölkerung über 18 Jahren zwischen 8 und 14 Prozent. Unter den Wähler:innen im Donbas hat »Einiges Russland« einen Erdrutschsieg errungen. In Wahllokalen und Wahlbezirken, in denen sowohl Bürger:innen aus dem Gebiet Rostow als auch aus dem Donbas ihre Stimme abgaben, lag das Ergebnis für »Einiges Russland« im Durchschnitt um 25 Prozent höher als in solchen, in denen keine Bürger:innen des Donbas in das Wählerverzeichnis aufgenommen wurden. Selbst wenn man Wahlfälschung und Mobilisierung am Arbeitsplatz berücksichtigt, deutet dies darauf hin, dass die Wähler:innen im Donbas weitgehend kremlfreundlich eingestellt sind und für eine tiefere Integration mit Russland gestimmt haben. Die Ergebnisse zeigen jedoch auch, dass die Mehrheit der Bewohner:innen der »Volksrepubliken« ihren politischen Willen und den Wunsch nach einer tieferen Integration mit Russland bei den Dumawahlen nicht zum Ausdruck gebracht hat.

Dieser Befund deutet darauf hin, dass die Ukraine in den »Volksrepubliken« noch über beträchtliches Potenzial verfügt, um der Passportisierung in den nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten entgegenzuwirken. Abgesehen von der Nichtanerkennung russischer Pässe fehlt es der Ukraine jedoch an einer kohärenten Strategie: Die vorgeschlagenen Maßnahmen reichen vom »Bau einer Mauer« zwischen den »Volksrepubliken« und dem Rest der Ukraine bis hin zu einer sogenannten »Konvalidierung«, d. h. der teilweisen Anerkennung einiger von den Verwaltungen in den »vorübergehend besetzten Gebieten« ausgestellten Dokumente, die die Reintegration in der Zukunft erleichtern könnte. Doch die Dauer des Konflikts, die Covid-19-Pandemie sowie der militärische Aufmarsch Russlands im Frühjahr 2021 und Winter 2021/2022 haben weiter zur Entfremdung der ukrainischen Regierung von ihren Bürger:innen in den »Volksrepubliken« beigetragen.

Russland ist nun bestrebt, die derzeit deutlich verminderten Rechte und Ansprüche der passportisierten Bewohner:innen des Donbas auszubauen. Nach Putins Treffen mit dem russischen Menschenrechtsrat im Dezember 2021 veröffentlichte der Präsident im Januar 2022 mehrere Verordnungen (http://www.kremlin.ru/acts/assignments/orders/67660): Demnächst sollen Bewohner:innen des Donbas über die russische e-Government-Plattform *Gosuslugi* russische Renten und Sozialleistungen wie das »Mutterkapital«, Covid-19-Einmalzahlungen oder eine medizinische Gesundheitsversorgung beantragen können, selbst wenn kein Wohnsitz in Russland vorliegt. Sogar der Grenzübertritt zwischen den »Volksrepubliken« und Russland könnte über das *Gosuslugi*-Portal erleichtert werden. Darüber hinaus sehen Putins Verordnungen auch eine Ausweitung des Wahlrechts vor, die es der Bevölkerung des Donbas ermöglichen würde, bei den nächsten Parlamentswahlen Kandidierende für Direktmandate in Einerwahlkreise zu wählen, ohne in die Region Rostow pendeln zu müssen. Diese erweiterten Rechte dürften die Beantragung der russischen Staatsbürgerschaft für immer mehr Bewohner:innen des Donbas attraktiv machen.

Passportisierung schafft Handlungsoptionen für Russland

Die Passportierung ist Teil der Strategie Russlands, die Souveränität der Ukraine zu untergraben. Sie hat kurzfristige Auswirkungen auf die Konfliktlösung im Rahmen des Minsker Prozesses, aber auch langfristige Folgen für die ukrainische Staatlichkeit nach einer möglichen Beilegung des Konflikts. Durch die Passportisierung schafft Russland sich vor allem Handlungsoptionen: Es kann die Verpflichtung, seine Staatsbürger:innen auch außerhalb des Staatsterritoriums zu schützen, als Vorwand für eine weitere Militärintervention missbrauchen. Außerdem könnte Russland Druck auf die Ukraine ausüben, die Minsker Vereinbarungen zu russischen Bedingungen umzusetzen, vor allem durch die Androhung militärischer Gewalt. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Passportisierung anhaltende Auswirkungen auf die politischen Präferenzen der Einwohner:innen des Donbas hat: Die regionalen Verwaltungschefs sind Mitglieder von »Einiges Russland«, viele Wähler:innen stimmten bei den Duma-Wahlen für die Kreml-Partei, und ein großer Teil der Einwohner:innen besitzt schon einen russischen Pass und erhält Zugang zu russischen Sozialleistungen.

Je länger die Passportisierung der Bevölkerung andauerte, desto mehr baute Russland seinen Einfluss im Donbas aus und sorgte damit dafür, die Minsker Abkommen zu begraben.

Stand: 17. Februar 2022

Über die Autor:innen

Dr. *Fabian Burkhardt* ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS) in Regensburg. In seiner Forschung beschäftigt er sich mit Exekutiv- und Digitalpolitik in postsowjetischen Ländern mit Schwerpunkt Russland und Belarus.

Dr. *Cindy Wittke* ist Leiterin der Politikwissenschaftlichen Forschungsgruppe am Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS) in Regensburg. Sie ist außerdem Leiterin des Projekts »Zwischen Konflikt und Kooperation – Politiken des Völkerrechts im postsowjetischen Raum« (PolVR, FKZ 01UC1901), gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF).

Dr. *Maryna Rabinovych* ist Postdoktorandin beim vom Norwegischen Forschungsrat geförderten Projekt »Sinkende Standards? Compliance-Verhandlungen und das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Ukraine« am Institut für Politikwissenschaft und Management der Universität Agder in Norwegen. Sie kooperiert außerdem mit der Kyiv School of Economics (Ukraine). Maryna Rabinovych erhielt ihren Doktortitel im Bereich der Rechtswissenschaften von der Universität Hamburg.

Elia Bescotti, M.A., ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS) in Regensburg und promoviert im Rahmen der vom BMBF geförderten Projektgruppe »Zwischen Konflikt und Koope-

ration: Politiken des Völkerrechts im postsowjetischen Raum« an der Université Libre de Bruxelles (ULB) in Belgien. Seine Dissertation schreibt er über Politiken des Völkerrechts und der ontologischen Sicherheit in den Sezessionskonflikten in Georgien und Moldau.

Lesetipps

- Burkhardt, Fabian. 2020. "Russia's 'Passportisation' of the Donbas. The Mass Naturalisation of Ukrainians Is More Than a Foreign Policy Tool." German Institute for International and Security Affairs, SWP Comment 2020/C 41, https://www.swp-berlin.org/en/publication/russias-passportisation-of-the-donbas, DOI: 10.18449/2020C41.
- Burkhardt, Fabian, Maryna Rabinovych, Cindy Wittke, and Elia Bescotti. "Passportization, Diminished Citizenship Rights, and the Donbas Vote in Russia's 2021 Duma Elections." TCUP Report: Temerty Contemporary Ukraine Program, Ukrainian Research Institute, Harvard University, January 2022, https://huri.harvard.edu/files/huri/files/idp_report_3_burkhardt_et_al.pdf?m=1642520438.
- Burkhardt, Fabian. "Passports as Pretext: How Russia's Invasion of Ukraine Could Start." War on the Rocks, 17.02.2022, abrufbar unter https://warontherocks.com/2022/02/passports-as-pretext-how-russias-war-on-ukraine-could-start/.
- Wittke, Cindy. 2019. "The Minsk Agreements–more than 'scraps of paper'?". East European Politics, 35(3): 264–290.

Die OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine: Wunsch und Wirklichkeit

Yana Lysenko (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

Einleitung

Der Beobachtermission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in der Ukraine wird im politischen Diskurs Westeuropas eine entscheidende Funktion bei der Entschärfung des Konflikts in der Ostukraine zugesprochen. Doch wie wirksam die Mission (in der Folge SMM für Special Monitoring Mission genannt) tatsächlich ist, ist vor allem unter den beteiligten Konfliktparteien (de facto bestehend aus der Ukraine, Russland und den selbstproklamierten »Volksrepubliken«) umstritten. Da die Grundlagen und der Handlungsspielraum, der sich aus dem Mandat ergibt, kaum diskutiert werden, sollen diese im Folgenden skizziert werden. Nur so scheint eine realistische Einschätzung der Wirkungsmöglichkeiten der Mission möglich zu sein.

Die Arbeit der Mission und ihre Effizienz werden von den betroffenen Konfliktparteien unterschiedlich bewertet. Die ukrainische Seite stellt sich dabei vollständig hinter die Arbeit der SMM und gibt allein Russland und den Separatisten die Schuld daran, dass diese nicht die erhoffte Wirkung zeigt. Dem gegenüber wird die SMM von den selbsternannten »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk (»DNR« und »LNR«) als eine »blinde Mission« (https://dan-news.info/en/photos/donetsk-protests-against-smm-inaction-osce-your-blindness-is-someones-death/) bezeichnet, die unzählige Verletzungen der Minsker Abkommen durch die Ukraine vorsätzlich nicht bemerken will. Russland definiert sich selbst offiziell als nicht am Konflikt beteiligter Akteur. In der russischen Presse wird die SMM als »untätige und ohnmächtige« Mission charakterisiert, die sich nicht bemüht, die Spannungen im Donbas abzubauen, und stets unkritische Einschätzungen der Lage zugunsten der Ukraine abgibt.

Die Entsendung der SMM wurde ursprünglich als Reaktion auf Russlands verdeckte Invasion der Krim Anfang März 2014 durch die Ukraine angestoßen. Das Mandat wurde erst am 21. März 2014 für eine Sonderbeobachtermission der OSZE auf dem gesamten Gebiet der Ukraine (nach ukrainischer Lesart inklusive der Krim) erteilt. Russland lehnte aufgrund der inzwischen durch das Referendum vom 16. März 2014 und das folgende Beitrittsgesuch der Krim zur Russischen Föderation geschaffenen Tatsachen einen Zugang zu diesem Bereich ab, so dass das Mandat lediglich auf den Rest der Ukraine beschränkt blieb. Das Mandat bezieht sich also nicht explizit auf den Konflikt in der Ostukraine, der erst im April 2014 eskalierte. Der SMM-Einsatz in den nichtregierungskontrollierten Gebieten der Ukraine wurde erst in den Minsker Abkommen (Minsk 1 am 5.9.2014, Minsk 2 am 12.2.2015) explizit festgeschrieben.

Rahmen des Mandates

Zu Beginn des Mandats zählte die OSZE-Mission 100 Beobachter, schon im Dezember 2014 war sie auf insgesamt 511 Mitarbeiter (davon 341 Beobachter) angewachsen. Aktuell ist die SMM mit 1.301 Mitarbeitern (davon 689 Beobachtern) die größte Mission in der Geschichte der OSZE. Die Beobachter der SMM sind laut Mandat

grundsätzlich befugt, die folgenden Tätigkeiten auszuüben: Informationen über die Sicherheitslage zu sammeln und darüber zu berichten, die Einhaltung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu unterstützen, Kontakt mit den örtlichen Behörden und einen Dialog mit der lokalen Zivilbevölkerung aufzunehmen, um »Spannungen abzubauen und eine Normalisierung der Lage zu fördern« (https://www.osce.org/files/f/documents/d/6/116747.pdf). Sie sind außerdem berechtigt, »über etwaige Einschränkungen der Bewegungsfreiheit der Beobachtungsmission oder andere Behinderungen bei der Erfüllung ihres Mandats zu berichten« (https://www.osce.org/files/f/documents/d/6/116747.pdf).

Kennzeichnend für das Mandat ist, dass es weder konkrete Konfliktparteien, die zur Verantwortung gezogen werden könnten, noch das Wort »Konflikt« selbst beinhaltet. Die Separatisten und Russland kommen als Akteure nicht vor.

Die SMM ist als reine Beobachtermission geschaffen worden. Dies entspricht den Statuten aller OSZE-Missionen, die anders als etwa UN- oder EU-Missionen, grundsätzlich ohne exekutives Mandat, etwa zur Beweissicherung, geschaffen werden. Die Mission kann in der Konsequenz also nur ein Bild der beobachteten Verstöße gegen die Minsker Abkommen und gegen die Menschenrechte erfassen. Die Beobachter sind zu jeder Zeit auf die Kooperationsbereitschaft der Autoritäten vor Ort angewiesen und haben keine Möglichkeiten, den Zugang zu gewünschten Gebieten zu erzwingen, obwohl ihr dieser laut Mandat für die gesamte Ukraine (also auch für die nicht-regierungskontrollierten Gebiete) gewährt werden muss.

Schwachstellen der Mission

Aus den täglichen SMM-Berichten geht seit Beginn der Beobachtungen im Osten der Ukraine hervor, dass vor allem die Separatisten den OSZE-Beobachtern den Zugang zu bestimmten Gebieten verwehren (im Jahr 2021 waren sie für 91 Prozent der Zugangsbehinderungen (https://www.osce.org/files/f/documents/2/a/511327.pdf) verantwortlich). Als Vorwände wurden »Fürsorgemaßnahmen« gegenüber potenziellen Gefahren oder auch Anti-Corona-Maßnahmen genutzt.

Die SMM-Tagesberichte enthielten bis zum 29.10.2015 eine Richtungsangabe zur Schussrichtung schwerer Waffen (Outgoing/Incoming), was eine mutmaßliche Zuschreibung des Urhebers zuließ. Seit dem 30.10.2015 wird nur noch vermerkt, wann und wo ein Beschuss oder eine Explosion beobachtet wurde. Die verklausulierte Berichtssprache der OSZE erschwert für Nicht-Insider ein klares Verständnis ihrer Berichte erheblich. Obgleich also faktisch jeder beobachtete Bruch der Minsker Abkommen sowie weiteres Fehlverhalten benannt werden, ist dies dem unbedarften Leser praktisch nicht ersichtlich. Das ermöglicht Manipulationen bei der Auslegung von Informationen aus den OSZE-Berichten zur Untermauerung eigener Positionen.

Eine große Schwäche des Mandates ist die fehlende Benennung der heutigen Konfliktparteien im offiziellen Mandatstext, die dazu führt, dass weder die Separatisten noch russische Beteiligte direkt beim Namen genannt werden. Die Kommunikationspraxis der ukrainischen Regierung, eine Benennung der »Volksrepubliken« als Konfliktpartei auszuschließen, um ihnen die Legitimation zu entziehen, wirkt im Falle dieses OSZE-Mandates eher kontraproduktiv. So kann keine der Seiten im Konflikt zur Rechenschaft gezogen werden, da diese Konfliktparteien im Mandat wie auch in den Minsker Abkommen überhaupt nicht klar benannt werden (ausführlicher dazu die Analyse von Heiko Pleines in den Ukraine-Analysen 261 (https://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/261/die-umsetzung-der-minsker-vereinbarungen-was-ist-moeglich/)).

Somit ist das SMM-Mandat ein Kompromissergebnis – geschaffen für eine Konfliktlage, die den Kriegsausbruch in der Ostukraine zum damaligen Zeitpunkt nicht einmal berücksichtigen konnte. Die SMM wirkt wie ein für die konkrete Aufgabe wenig taugliches Werkzeug, das dennoch weitergenutzt wird, da es besser ist als gar keines. Ein Kernproblem dabei liegt in der Struktur der OSZE, die für jede Entscheidung die Zustimmung aller ihrer 57 Teilnehmerstaaten benötigt. Aus der Sicht Russlands stellte die Zustimmung zur SMM im März 2014 ein großes Entgegenkommen dar. Nach dem Rückzug Russlands aus dem einzigen gemeinsamen Krisenkontrollgremium, dem militärischen Joint Centre for Control and Coordination (JCCC) (https://www.reuters.com/article/us-ukraine-crisis-conflict-jccc-idUSKBN1EE1X2), im Dezember 2017 und in Anbetracht der aktuellen Konfliktlage zwischen der Ukraine und Russland wäre selbst das aktuelle OSZE-Mandat heute nicht mehr neu erreichbar.

Resümee

Ein auf den konkreten Konflikt zugeschnittenes OSZE-Mandat mit klarer Adressierung von Zielen und Beteiligten (wie z. B. das Mandat für die Mission in Moldau (https://www.osce.org/files/f/documents/6/0/41137.pdf)) könnte spürbare Erfolge erzielen, wobei hier wieder als Vorbedingung eine Zustimmung aller OSZE-Staaten gilt. Problematisch bleibt im Falle der Ostukraine, dass es sich hier de facto nicht um einen innerstaatlichen Konflikt handelt. Bei einem rein innerstaatlichen Konflikt zwischen der Ukraine und den Separatisten, die sich aber auch unabhängig von Russland positionieren würden, gäbe es zwar keine Garantie für den Erfolg einer OSZE-Mission, aber zumindest eine Zustimmung für ein Mandat wäre denkbar.

Im konkreten Falle müsste dieses Mandat robuster ausfallen. Aus dem Helsinki-Dokument der KSZE von 1992 (https://www.osce.org/files/f/documents/7/c/39530.pdf) folgt, dass eine Mission bei ihren Friedenssicherungsaktivitäten neben zivilen Mitarbeitern auch auf den Einsatz von militärischem Personal und die Entsendung von Streitkräften zurückgreifen könnte. Eine OSZE-Mission könnte mit der Überwachung und Aufrechterhaltung von Waffenstillständen, mit dem Monitoring des Truppenabzugs und mit der Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung betraut werden, was auch die Ausübung von Polizeiaufgaben impliziert. Zumindest diese im Rahmen einer OSZE-Mission noch nie umgesetzten Möglichkeiten wären auch im Ostukraine-Konflikt notwendig, um eine effektive Einhaltung des Waffenstillstandes und eine tatsächliche Friedenssicherung zu gewährleisten und so wirkungsvoll zu agieren, wie es etwa robuste UN-Blauhelm-Missionen können.

Die Effizienz einer OSZE-Mission hängt somit vor allem von ihrem konkreten Mandat und vom Kooperationswillen aller betroffenen Akteure ab. Die strukturelle Schwäche der OSZE liegt in der grundsätzlichen Annahme eines »fairen Spiels« aller Teilnehmer ohne reale Sanktionsmöglichkeiten gegen einen Regelbrecher. Die SMM zeigt beispielhaft, dass eine OSZE-Mission ihren tatsächlichen Aufgaben nicht gerecht werden kann, sobald ein OSZE-Staat diese aktiv hintertreibt. Die Hoffnung der westlichen Vermittler im aktuellen Konflikt, die OSZE als »Schlüssel zum Frieden« in der Ostukraine zu nutzen, ist daher mehr als zweifelhaft.

Stand: 16. Februar 2022

Über die Autorin
Yana Lysenko studiert im MA Politikwissenschaft an der Universität Bremen. Derzeit ist sie Praktikantin an der Forschungsstelle Osteuropa. Ihre Forschungsinteressen liegen in den Bereichen der Konfliktforschung (aktuell insbesondere in den Ukraine-Russland-Beziehungen) und der De-facto-Staaten.

UMFRAGEN

Meinungsumfragen zu den Spannungen zwischen Russland und der Ukraine

Es folgt eine Zusammenstellung aktueller Meinungsumfragen zu den Spannungen zwischen Russland und der Ukraine aus ausgewählten Ländern. Die Umfragen sind nach Ländern in geografischer Anordnung von Ost nach West sortiert.

Russland

- Russisches Meinungsforschungszentrum VZIOM (2022): Ukraine und Ukrainer – Brüder, Feinde oder Nachbarn?, durchgeführt am 10.01.2022 unter 1.600 Befragten, in Russisch https://wciom.ru/analytical-reviews/analiticheskii-obzor/ukraina-i-ukraincy-bratja-vragi-ili-prosto-sosedi
- Lewada Zentrum (2022): 2022: Potential für Krisen, durchgeführt vom 16.12. – 22.12.2021 unter 1.640 Befragten, in Englisch https://www.levada.ru/en/2022/01/27/2022-potential-for-crisis-events/
- Lewada Zentrum (2021): Eskalation im Donbas, durchgeführt vom 25.11. – 01.12.2021 unter 1.603 Befragten, in Russisch https://www.levada.ru/2021/12/14/obostrenie-v-donbasse/
- Lewada Zentrum (2021): Das Jahr 2021: Fazit, durchgeführt vom 16.12. – 22.12.2021 unter 1.640 Befragten, in Russisch https://www.levada.ru/2021/12/29/2021-god-itogi/
- Lewada Zentrum (2022): Ängste, durchgeführt vom 16.12. – 22.12.2021 unter 1.640 Befragten, in Englisch https://www.levada.ru/en/2022/01/14/fears-5/
- Lewada Zentrum (2021): Russisch-ukrainische Beziehungen, durchgeführt vom 25.11. – 01.12.2021 unter 1.603 Befragten in Russland und 2.003 Befragten in der Ukraine, in Russisch https://www.levada.ru/2021/12/17/rossijsko-ukrainskie-otnosheniya-10/

Ukraine

- Kiev International Institute of Sociology (KIIS) (2022): Sozio-politische Stimmung der ukrainischen Bevölkerung: Wahrnehmung der Gefahr eines militärischen Einmarsches Russlands und der Fall Petro Poroschenko, durchgeführt vom 20.01. – 21.01.2022 unter 1.205 Befragten, in Englisch https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1091&page=1
- Kiev International Institute of Sociology (KIIS) (2021/2022): Werden die Ukrainer sich einem russischen Einmarsch widersetzen?, durchgeführt vom 03.12. – 11.12.2021 und 05.02. – 13.02.2022 unter 2.000 Befragten, in Englisch https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1079&page=1, https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1099&page=1
- Kiev International Institute of Sociology (KIIS) (2021): Einstellung zum EU- und NATO-Beitritt, Einstellung zu direkten Gesprächen mit Wladimir Putin und die Wahrnehmung militärischer Bedrohung durch Russland, durchgeführt vom 13.12. – 16.12.2021 unter 1.203 Befragten, in Englisch https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1083&page=1
- Rasumkow Zentrum (2022): Einschätzung von Ukrainern zur Gefahr russischer Aggression, durchgeführt vom 28.01. – 31.01.2022 unter 1.206 Befragten, in Ukrainisch https://razumkov.org.ua/napriamky/sotsiologichni-doslidzhennia/otsinka-gromadianamy-ukrainy-zagrozy-agresii-z-boku-rosii-cichen-2022r
- Rasumkow Zentrum (2021): Die öffentliche Unterstützung des euroatlantischen Kurses der Ukraine: Einschätzungen und Empfehlungen, durchgeführt vom 23.04. – 28.04.2021 unter 2.021 Befragten, in Ukrainisch https://razumkov.org.ua/uploads/article/2021-nato-ukr.pdf
- Democratic Initiatives Foundation, Rasumkow Zentrum (2021): Krieg im Donbas und russische Aggression, durchgeführt vom 14.05. – 19.05.2021 unter 2.020 Befragten, in Englisch https://dif.org.ua/article/War%20in%20Donbas%20and%20Russian%20Aggresssion.%20How%20Ukrainian%20Public%20Opinion%20Has%20Changed%20After%20Two%20Years%20of%20Zelenskyi%27s%20Presidency.%20Key%20points%20and%20observations
- Democratic Initiatives Foundation, Rasumkow Zentrum (2022): Gefahr einer neuen Invasion: Die öffentliche Meinung zum Konflikt, möglichen Kompromissen und Russlands Gegenmaßnahmen, durchgeführt vom 17.12. – 22.12.2021 unter 2.018 Befragten, in Ukrainisch https://dif.org.ua/article/zagroza-novogo-vtorgnennya-gromadska-dumka-pro-konflikt-mozhlivi-kompromisi-ta-protidiyu-rosii
- New Europe Center (2021): Diplomatie 2022 – Erwartungen der ukrainischen Gesellschaft in der Außenpolitik, durchgeführt vom 08.11. – 29.11.2021 unter 1.007 Befragten durch Info Sapience LLC, in Englisch http://neweurope.org.ua/wp-content/uploads/2021/12/Diplomatia2022_eng_web.pdf
- Sociological Group «Rating» (Rating Group Ukraine) (2022): Dynamiken der außenpolitischen Orientierung (16. – 17. Februar 2022), durchgeführt vom 16.02. – 17.02.2022 unter 1.722 Befragten, in Russisch und Ukrainisch https://ratinggroup.ua/ru/research/ukraine/dinamika_vneshnepoliticheskih_orientaciy_16-17_fevralya_2022.html

Polen

- Rzeczpospolita (2022): Ein Drittel der Polen erwartet einen Krieg zwischen Russland und der Ukraine, durchgeführt vom 25.01. – 26.01.2022 unter 800 Befragten durch SW Research, in Polnisch https://www.rp.pl/spoleczenstwo/art33637621-sondaz-jedna-trzecia-polakow-spodziewa-sie-wybuchu-wojny-rosji-z-ukraina)
- Dziennik Gazeta Prawna (2022): Polen sollte der Ukraine im Falle eines russischen Angriffs helfen, durchgeführt am 22.01.2022 unter 1.000 Befragten durch United Surveys, in Polnisch https://www.gazetaprawna.pl/wiadomosci/swiat/artykuly/8341193,atak-rosji-na-ukraine-reakcja-polski-sondaz.html
- wPolityce.pl (2022): Wird Russland die Ukraine angreifen? Wenn ja, welches Ausmaß wird der Angriff haben?, durchgeführt vom 04.02. – 07.02.2022 unter 1.078 Befragten durch Social Changes, in Polnisch https://wpolityce.pl/polityka/585464-nasz-sondaz-czy-rosja-zaatakuje-ukraine

Deutschland

- RTL Group S.A. (2022): Mehrheit unzufrieden mit deutscher Ukraine Politik, durchgeführt vom 28.01. – 31.01.2022, unter 1.001 Befragten durch Forsa, in Deutsch https://www.n-tv.de/politik/Mehrheit-ist-unzufrieden-mit-deutscher-Ukraine-Politik-article23097487.html
- Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF) (2022): Politbarometer Januar II 2022: Befürchtung eines russischen Einmarschs in die Ukraine, Waffenlieferungen an die Ukraine und Gasversorgung durch Russland, durchgeführt vom 25.01. – 27.01.2022 unter 1.249 Befragten durch Forschungsgruppe Wahlen, in Deutsch https://presseportal.zdf.de/pressemitteilung/mitteilung/zdf-politbarometer-januar-ii-2022/

- Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (ARD) (2022): DeutschlandTREND Februar 2022 zu: Waffenlieferungen von Deutschland in die Ukraine, Außenpolitische Bedrohungslage, Maßnahmen im Ukraine-Konflikt, Festhalten an NordStream 2 und Engpässe bei der Gasversorgung, durchgeführt vom 31.01. – 02.02.2022 unter 1.339 Befragten durch Infratest Dimap, in Deutsch https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-2897.html

Europa/Nordamerika

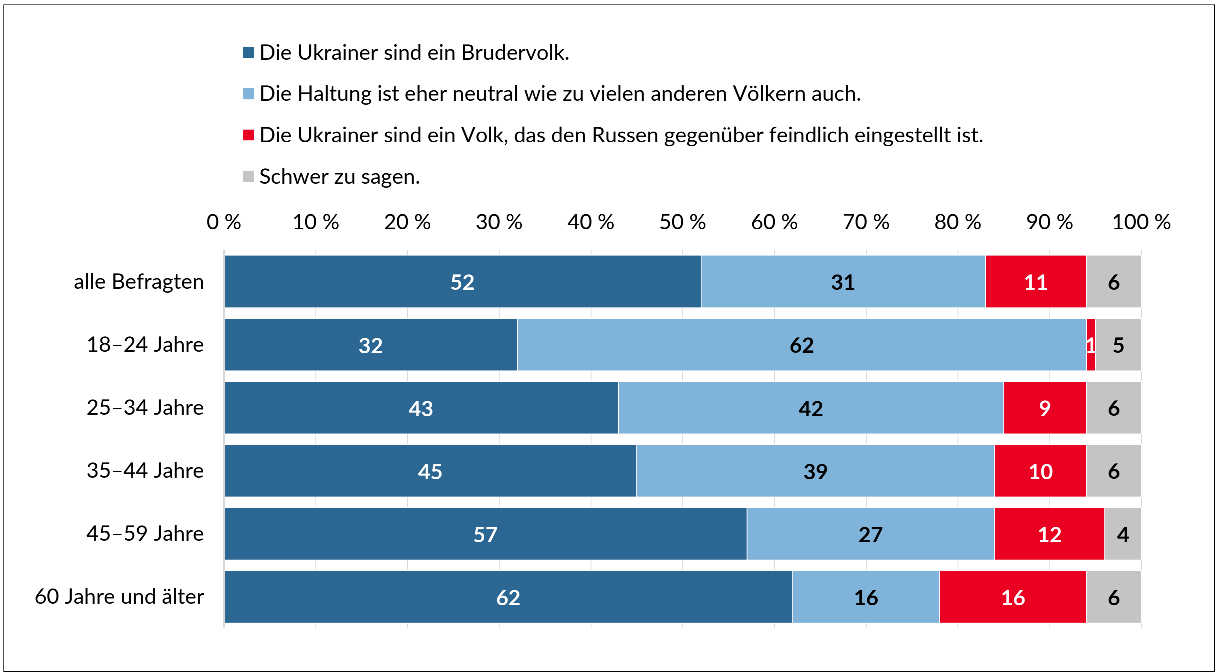
- European Council on Foreign Relations (ECFR) (2022): Die Krise der europäischen Sicherheit: Was Europäer über den Krieg in der Ukraine denken, durchgeführt vom 21.01. – 30.01.2022 unter 5.529 Befragten (Finnland: 500; Frankreich: 1.000; Deutschland: 1.000; Italien 1.014; Polen: 1.015; Rumänien: 500) durch Datapraxis, AnalitiQs, Dynata, in English https://ecfr.eu/publication/the-crisis-of-european-security-what-europeans-think-about-the-war-in-ukraine/#top
- YouGov (2022): EuroTrack: Russischer Einmarsch als wahrscheinlich angenommen, aber wenige Menschen wollen, dass ihr Land die Ukraine verteidigt, durchgeführt vom 12.01. – 26.01.2022 unter 9.065 Befragten (USA: 1.695, Frankreich: 1.206, Deutschland: 2.065, Dänemark: 1.025, Schweden: 1.006, Spanien: 1.053, Italien: 1.015), in English https://yougov.co.uk/topics/politics/articles-reports/2022/01/31/eurotrack-russian-invasion-ukraine-seen-likely-few
- Yalta European Strategy (YES) (2022): Wie der Westen die Ukraine wahrnimmt und was der Westen von der Ukraine erwartet, durchgeführt im Dezember 2021 unter 4.710 Befragten (600 je Erwachsene aus der Gesamtbevölkerung und je 185 Experten und Fachpersonen aus USA, Vereinigtes Königreich, Kanada, Frankreich, Deutschland, Polen), in Englisch https://yes-ukraine.org/en/projects/opituvannya-yak-zahid-spriymaye-ukrayinu

USA

- Pew Research Center (2022): Sowohl Republikaner als auch Demokraten sehen in Russland eher einen Wettbewerber als einen Feind der USA, durchgeführt vom 10.01. – 17.01.2022 unter 5.128 Befragten, in Englisch https://www.pewresearch.org/fact-tank/2022/01/26/republicans-and-democrats-alike-view-russia-more-as-a-competitor-than-an-enemy-of-the-u-s/
- Teaching, Research, and International Policy (TRIP) Project Global Research Institute (GRI) (2022): Wird Russland die Ukraine angreifen?, durchgeführt vom 16.12.2021 – 27.12.2022 unter 685 Befragten (Umfrage unter Wissenschaftlern der Internationalen Beziehungen in den USA), in Englisch https://trip.wm.edu/data/our-surveys/snap-polls/TRIP-SP16-Russia-Ukraine.pdf
- Charles Koch Institute (2021): Amerikaner wollen Fokus auf nationale Probleme, skeptisch gegenüber Krieg in der Ukraine, durchgeführt vom 09.12. – 13.12.2021 unter 1.000 Befragten durch YouGov, in Englisch https://charleskochinstitute.org/app/uploads/2021/12/Polling-results.pdf
- YouGov America (2022): Fast die Hälfte aller US-Amerikaner erwartet einen russischen Einmarsch in der Ukraine, durchgeführt am 24.02.2022 unter 4.428 Befragten, in Englisch https://today.yougov.com/topics/politics/articles-reports/2022/01/24/nearly-half-americans-expect-russia-invade-ukraine
- YouGov America für The Economist (2021): Die meisten US-Amerikaner mit einer Meinung zur Ukraine und Taiwan befürworten eine Unterstützung – auch militärisch, durchgeführt vom 12.12. – 14.12.2021 unter 1.500 Befragten, in Englisch https://today.yougov.com/topics/international/articles-reports/2021/12/21/americans-opinions-ukraine-and-russia
- Data for progress (2022): Wähler unterstützen den Abschluss eines Abkommens durch Biden, um Krieg zu verhindern, durchgeführt vom 21.01. – 24.01.2022 unter 1.214 Befragten, in Englisch https://www.filesforprogress.org/datasets/2022/1/dfp_ukraine_jan.pdf
- Morning Consult/Politico (2022): National Tracking Poll 2202029 zu US-Beziehungen mit diversen Staaten und dem Verhalten politischer Akteure im Ukraine-Konflikt, durchgeführt vom 05.02. – 06.02.2022 unter 2.005 Befragten, in Englisch https://www.politico.com/f/?id=0000017e-d538-ddf9-a9fe-df3a5b240000&nname=playbook-pm&nid=0000015a-dd3e-d536-a37b-dd7fd8af0000&nrid=0000014e-f115-dd93-ad7f-f91513e50001&nlid=964328

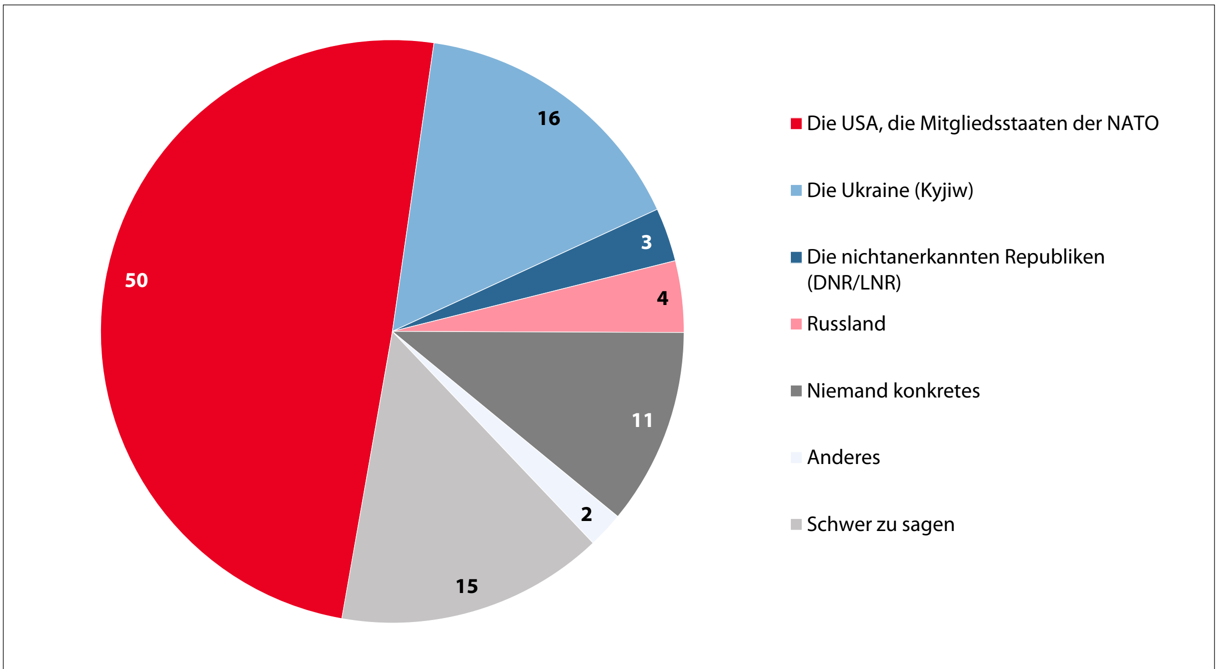
Zusammengestellt von Olivia Faust am 17.02.2022

Grafik 1: Wie würden Sie aktuell Ihre Haltung zum ukrainischen Volk beschreiben? – Bevölkerung Russlands (in %, nur eine Antwortnennung möglich)



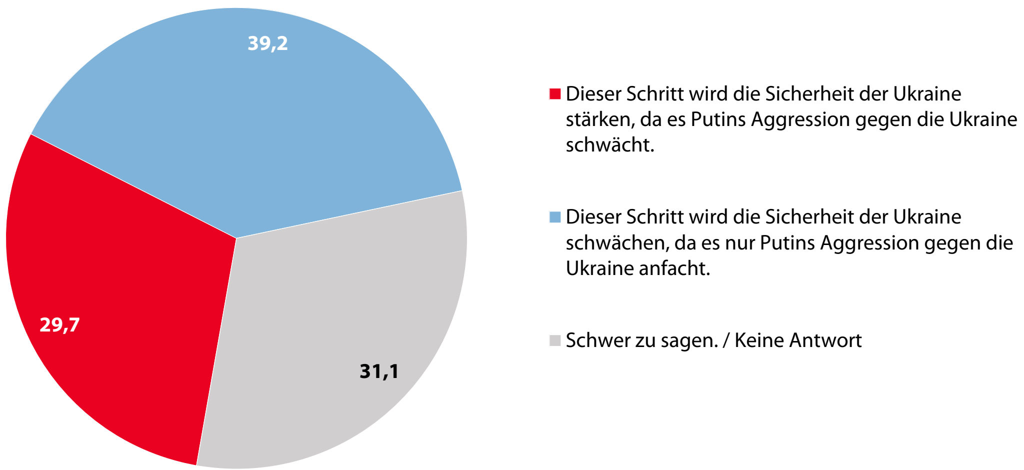
Quelle: Russisches Meinungsforschungszentrum VZIOM (2022): Ukraine und Ukrainer – Brüder, Feinde oder Nachbarn?, durchgeführt am 10.01.2022 unter 1.600 Befragten, https://wciom.ru/analytical-reviews/analiticheskii-obzor/ukraina-i-ukraincy-bratja-vragi-ili-prosto-sosedi.

Grafik 2: In den letzten Wochen (November 2021) wird immer wieder gemeldet, dass sich die Lage im Osten der Ukraine zuspitzt. Was glauben Sie, wer ist Auslöser der aktuell angespannten Situation im Osten der Ukraine? – Bevölkerung Russlands (in %, nur eine Antwortnennung möglich)



Quelle: Lewada Zentrum (2021): Eskalation im Donbas, durchgeführt vom 25.11. – 01.12.2021 unter 1.603 Befragten, https://www.levada.ru/2021/12/14/obostrenie-v-donbasse/.

Grafik 3: Russlands Präsident Wladimir Putin fordert, dass der Westen sich verpflichtet, die Nato nicht nach Osten zu erweitern, was der Ukraine die Aussicht auf einer Nato-Mitgliedschaft abspricht. Ihrer Ansicht nach ist solch ein Schritt …? – Bevölkerung der Ukraine (in %, nur eine Antwortnennung möglich)



Quelle: Kiev International Institute of Sociology (KIIS) (2021): Einstellung zum EU- und NATO-Beitritt, Einstellung zu direkten Gesprächen mit Wladimir Putin und die Wahrnehmung militärischer Bedrohung durch Russland, durchgeführt vom 13.12. – 16.12.2021 unter 1.203 Befragten, https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1083&page=1.

Tabelle 1: Welche Maßnahmen wären Ukrainer bereit im Falle einer bewaffneten Intervention seitens Russland in ihrem Wohnort zu ergreifen – Bevölkerung der Ukraine (in %, mehr als eine Antwortnennung möglich)

	Ukraine insgesamt		Westen*		Zentrum*		Süden*		Osten*	
	Dez. 2021	Feb. 2022	Dez. 2021	Feb. 2022	Dez. 2021	Feb. 2022	Dez. 2021	Feb. 2022	Dez. 2021	Feb. 2022
werde Widerstand leisten (eine oder beide der unten stehenden Optionen wählen):	***50,2***	***57,5***	***60,5***	***72,2***	***52,2***	***62,9***	***43***	***48,4***	***37,2***	***30,5***
bewaffneten Widerstand leisten	*33,3*	*37,3*	*39,7*	*44,8*	*33,7*	*42,2*	*29,7*	*32,6*	*25,6*	*17,8*
Widerstand leisten durch die Teilnahme an zivilen Maßnahmen wie Demonstrationen, Märsche, Boykotte, Streiks, ziviler Ungehorsam	*21,7*	*25*	*28,6*	*31,2*	*22,5*	*26,9*	*15,8*	*20,2*	*16,8*	*16,1*
in eine sicherere Region in der Ukraine ziehen	14,8	12,4	8,8	5,7	14	12,1	16,7	15,8	25,6	20,2
ins Ausland gehen	9,3	7,5	9,6	6,9	8,7	6	10,1	7,4	9,1	12,6
gar nichts	18,6	17,9	14,4	11,6	17,8	14,8	22,1	21	22,7	32,8
weiß nicht	12,1	7,6	10,9	6,6	13,7	7	12,1	9,4	10,7	7,9
Antwort verweigert	1,1	1,2	0,8	0,5	0,7	0,8	1,7	2,3	2,2	1,9

** Auf der nächsten Seite finden Sie eine Karte der Makroregionen der Ukraine, wie sie für diese Umfrage definiert wurden.*

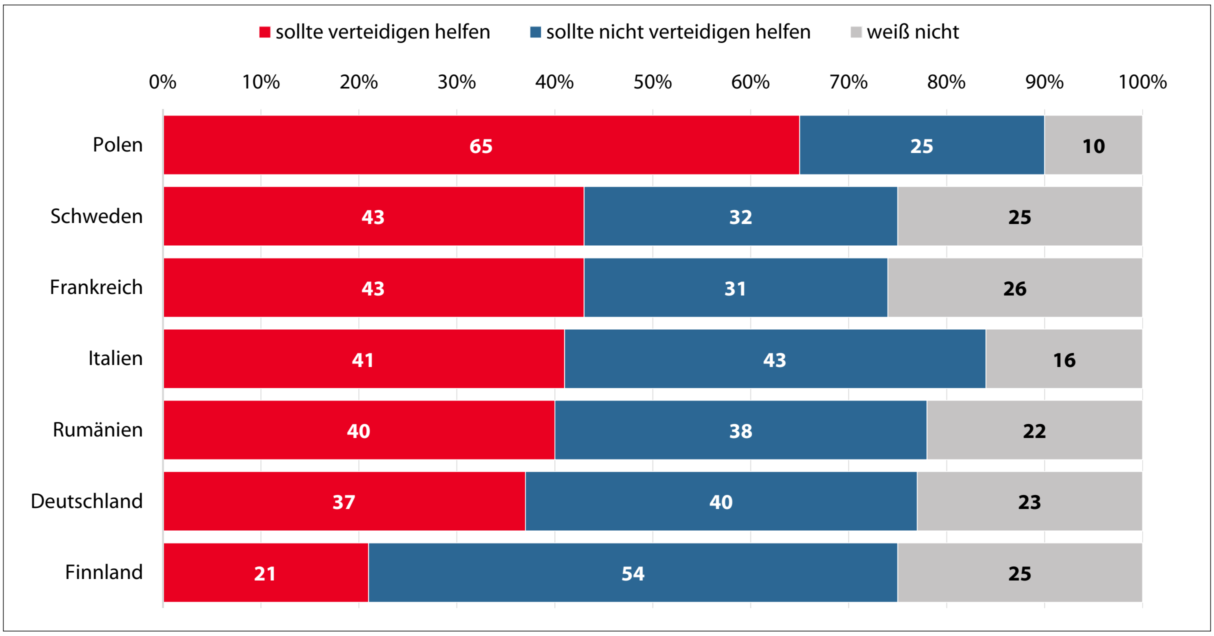
Quelle: Kiev International Institute of Sociology (KIIS) (2021/2022): Werden die Ukrainer sich einem russischen Einmarsch widersetzen?, durchgeführt vom 03.12. – 11.12.2021 und 05.02. – 13.02.2022 unter 2.000 Befragten, https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1079&page=1, https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1099&page=1

Grafik 4: Karte der Makroregionen der Ukraine zur Tabelle 1 auf S. 28



Source: Kiev International Institute of Sociology (KIIS) (2021/2022): Werden die Ukrainer sich einem russischen Einmarsch widersetzen?, https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id= 1079&page=1, https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1099&page=1; Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von https://www.openstreetmap.org.

Grafik 5: Wenn Russland in die Ukraine einmarschiert, sollte mein Land der Ukraine helfen, sich zu verteidigen? – Bevölkerung Deutschlands, Finnlands, Frankreichs, Italiens, Polens, Rumäniens und Schwedens (in %, nur eine Antwortnennung möglich)

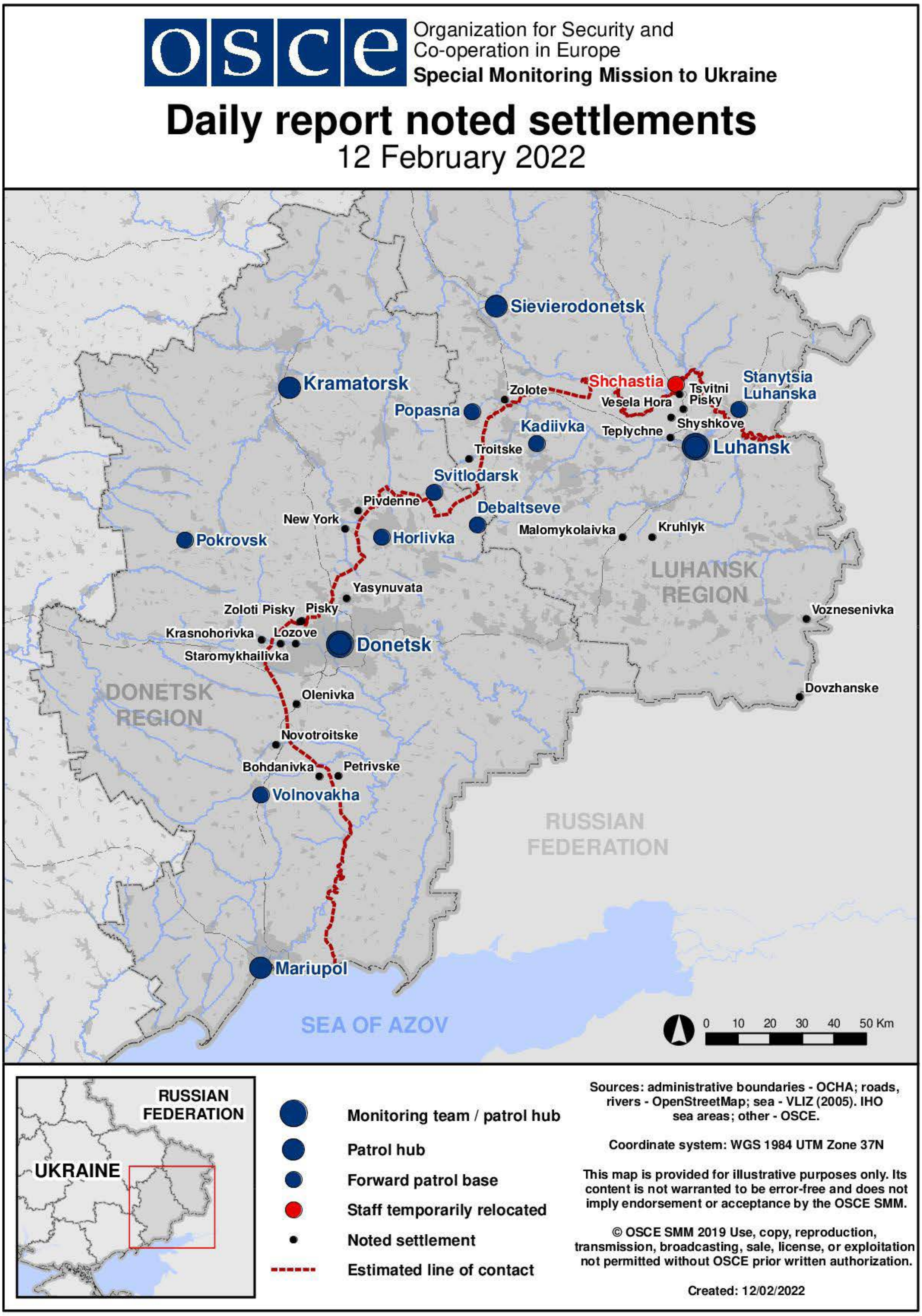


Quelle: European Council on Foreign Relations (ECFR) (2022): Die Krise der europäischen Sicherheit: Was Europäer über den Krieg in der Ukraine denken, durchgeführt vom 21.01. – 30.01.2022 durch Datapraxis, AnalitiQs, Dynata, https://ecfr.eu/publication/the-crisis of-european-security-what-europeans-think-about-the-war-in-ukraine/#top

DOKUMENTATION

Karte der in den Berichten der OSZE im Donbas erwähnten Siedlungen

Karte der in den Berichten der OSZE im Donbas erwähnten Siedlungen (mit freundlicher Genehmigung der OSZE)



Chronologie der Gespräche

Tabelle 1: Liste der hochrangigen internationalen Gespräche und Treffen mit Russland und/oder der Ukraine vom 01.12.2021 bis zum 19.02.2022

Datum	Beteiligte	Format	Ort	Länder
01.12.2021	Kuleba – Liimets	bilateral	Riga	Ukraine, Estland
01.12.2021	Kuleba – Außenminister der NATO (Nordatlantikpakt-Organisation)	NATO	Riga	Ukraine, NATO
01.12.2021	Kuleba – Knapen	bilateral	Riga	Ukraine, Niederlande
01.12.2021	Kuleba – Truss	bilateral	Riga	Ukraine, Vereinigtes Königreich
02.12.2021	Außenminister aller Staaten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)	28. OSZE-Ministerrat	Stockholm	Mitglieder der OSZE
02.12.2021	Lawrow – Linhart	bilateral	Stockholm	Russland, Österreich
02.12.2021	Lawrow – Albares	bilateral	Stockholm	Russland, Spanien
02.12.2021	Lawrow – Truss	bilateral	Stockholm	Russland, Vereinigtes Königreich
02.12.2021	Lawrow – Blinken	bilateral	Stockholm	Russland, USA
02.12.2021	Kuleba – Blinken	bilateral	Stockholm	Ukraine, USA
06.12.2021	Selenskyj – Blinken	bilateral	Telefonat	Ukraine, USA
07.12.2021	Putin – Biden	bilateral	Online	Russland, USA
08.12.2021	Putin – Mitsotakis	bilateral	Sotschi	Russland, Griechenland
08.12.2021	Kuleba – Truss	bilateral	Telefonat	Ukraine, Vereinigtes Königreich
09.12.2021	Selenskyj – Biden	bilateral	Telefonat	Ukraine, USA
13.12.2021	Putin – Johnson	bilateral	Telefonat	Russland, Vereinigtes Königreich
14.12.2021	Putin – Niinistö	bilateral	Telefonat	Russland, Finnland
14.12.2021	Putin – Macron	bilateral	Telefonat	Russland, Frankreich
14.12.2021	Lawrow – Baerbock	bilateral	Telefonat	Ukraine, Deutschland
15.12.2021	Führungsspitzen der Europäischen Union, der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der Länder der Östlichen Partnerschaft	Europäische Union – Gipfel der Östlichen Partnerschaft	Brüssel	Ukraine, Europäische Union
16.12.2021	Stoltenberg – Selenskyj	NATO – Ukraine	Brüssel	Ukraine, NATO
17.12.2021	Selenskyj – Johnson	bilateral	Telefonat	Ukraine, Vereinigtes Königreich
20.12.2021	Selenskyj – Duda – Nausėda	Lublin-Dreieck	Iwano–Frankiwsk	Ukraine, Polen, Litauen
21.12.2021	Putin – Scholz	bilateral	Telefonat	Russland, Deutschland
21.12.2021	Putin – Macron	bilateral	Telefonat	Russland, Frankreich
21.12.2021	Resnikow – Benko	bilateral	Budapest	Ukraine, Ungarn
22.12.2021	Putin – Bettel	bilateral	Telefonat	Russland, Luxemburg
23.12.2021	Kuleba – Borell	Europäische Union – Ukraine	Telefonat	Ukraine, Europäische Union
29.12.2021	Selenskyj – Blinken	bilateral	Telefonat	Ukraine, USA
30.12.2021	Putin – Biden	bilateral	Telefonat	Russland, USA

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Liste der hochrangigen internationalen Gespräche und Treffen mit Russland und/oder der Ukraine seit dem 01.12.2021 (Fortsetzung)

Datum	Beteiligte	Format	Ort	Länder
02.01.2022	Selenskyj – Biden	bilateral	Telefonat	Ukraine, USA
04.01.2022	Kuleba – Lipavský	bilateral	Telefonat	Ukraine, Tschechien
05.01.2022	Kuleba – Borell	Europäische Union–Ukraine	Kyjiw	Ukraine, Europäische Union
06.01.2022	Lawrow – Çavuşoğlu	bilateral	Telefonat	Russland, Türkei
06.01.2022	Schojgu – Austin	bilateral	Telefonat	Russland, USA
06.01.2022	Shmyhal – Borell	Europäische Union–Ukraine	Kyjiw	Ukraine, Europäische Union
07.01.2022	Kuleba – Blinken	bilateral	Telefonat	Ukraine, USA
10.01.2022	Ryabkov – Sherman	bilateral	Genf	Russland, USA
11.01.2022	Kuleba – Blinken	bilateral	Telefonat	Ukraine, USA
12.01.2022	Lawrow – Dendias	bilateral	Telefonat	Russland, Griechenland
12.01.2022	Stoltenberg, Fomin, Gruschko, NATO-Mitglieder	NATO-Russland-Rat	Brüssel	Russland, NATO
13.01.2022	Lukaschewitsch – Carpenter (…)	OSZE Sitzung	Wien	OSZE Mitglieder
13.01.2022	Selenskyj – Johnson	bilateral	Telefonat	Ukraine, Vereinigtes Königreich
13.01.2022	Resnikow – Austin	bilateral	Telefonat	Ukraine, USA
17.01.2022	Lawrow – Grlić Radman	bilateral	Moskau	Russland, Kroatien
17.01.2022	Kuleba – Baerbock	bilateral	Kyjiw	Ukraine, Deutschland
18.01.2022	Lawrow – Baerbock	bilateral	Moskau	Russland, Deutschland
18.01.2022	Lawrow – Blinken	bilateral	Telefonat	Russland, USA
18.01.2022	Selenskyj, Schmyhal, Kuleba, Jermak – Joly	bilateral	Kyjiw	Ukraine, Kanada
19.01.2022	Selenskyj – Blinken	bilateral	Kyjiw	Ukraine, USA
19.01.2022	Kuleba – Blinken	bilateral	Kyjiw	Ukraine, USA
20.01.2022	Selenskyj – Duda	bilateral	Wisla	Ukraine, Polen
21.01.2022	Putin – Niinistö	bilateral	Telefonat	Russland, Finnland
21.01.2022	Lawrow – Blinken	bilateral	Genf	Russland, USA
21.01.2022	Kuleba – Blinken	bilateral	Telefonat	Ukraine, USA
26.01.2022	Beraterebene (Jermak, Kosak, Plötner, Bonne)	Normandie	Paris	Russland, Ukraine, Frankreich, Deutschland
27.01.2022	Kuleba – Kofod	bilateral	Kopenhagen	Ukraine, Dänemark
27.01.2022	Selenskyj – Biden	bilateral	Telefonat	Ukraine, USA
28.01.2022	Lawrow – Baerbock	bilateral	Telefonat	Russland, Deutschland
30.01.2022	Resnikow – Anand	bilateral	Kyjiw	Ukraine, Kanada
31.01.2022	Kuleba – Linde	bilateral	Telefonat	Ukraine, Schweden
31.01.2022	Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen der Mitglieder des Sicherheitsrates, Ukraine	Sitzung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen	New York	Ukraine, Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen
01.02.2022	Putin – Orban	bilateral	Moskau	Russland, Ungarn
01.02.2022	Putin – Draghi	bilateral	Telefonat	Russland, Italien
01.02.2022	Lawrow – Blinken	bilateral	Telefonat	Russland, USA

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Liste der hochrangigen internationalen Gespräche und Treffen mit Russland und/oder der Ukraine seit dem 01.12.2021 (Fortsetzung)

Datum	Beteiligte	Format	Ort	Länder
01.02.2022	Kuleba – Albares	bilateral	Telefonat	Ukraine, Spanien
01.02.2022	Selenskyj – Johnson	bilateral	Kyjiw	Ukraine, Vereinigtes Königreich
02.02.2022	Putin – Johnson	bilateral	Telefonat	Russland, Vereinigtes Königreich
02.02.2022	Selenskyj – Rutte	bilateral	Kyjiw	Ukraine, Niederlande
02.02.2022	Kuleba – Truss	bilateral	Telefonat	Ukraine, Vereinigtes Königreich
04.02.2022	Selenskyj – Erdogan	bilateral	Kyjiw	Ukraine, Türkei
04.02.2022	Kuleba – Blinken	bilateral	Telefonat	Ukraine, USA
07.02.2022	Putin – Macron	bilateral	Moskau	Russland, Frankreich
07.02.2022	Kuleba – Baerbock	bilateral	Kyjiw	Ukraine, Deutschland
08.02.2022	Selenskyj, Kuleba – Lipavský – Schallenberg – Korčok	Slavkov	Kyjiw	Ukraine, Tschechien, Österreich, Slowakei
08.02.2022	Selenskyj – Macron	bilateral	Kyjiw	Ukraine, Frankreich
09.02.2022	Kuleba – Albares	bilateral	Kyjiw	Ukraine, Spanien
10.02.2022	Lawrow – Di Maio	bilateral	Telefonat	Russland, Italien
10.02.2022	Beraterebene (Jermak – Kosak – Plötner – Bonne)	Normandie	Berlin	Russland, Ukraine, Frankreich, Deutschland
10.02.2022	Lawrow – Truss	bilateral	Moskau	Russland, Vereinigtes Königreich
11.02.2022	Schojgu – Wallace	bilateral	Moskau	Russland, Vereinigtes Königreich
11.02.2022	Kuleba – Blinken	bilateral	Telefonat	Ukraine, USA
12.02.2022	Putin – Macron	bilateral	Telefonat	Russland, Frankreich
12.02.2022	Lawrow – Blinken	bilateral	Telefonat	Russland, USA
12.02.2022	Putin – Biden	bilateral	Telefonat	Russland, USA
12.02.2022	Schojgu – Austin	bilateral	Telefonat	Russland, USA
13.02.2022	Selenskyj – Biden	bilateral	Telefonat	Ukraine, USA
14.02.2022	Selenskyj – Scholz	bilateral	Kyjiw	Ukraine, Deutschland
14.02.2022	Kuleba – Blinken	bilateral	Telefonat	Ukraine, USA
15.02.2022	Putin – Scholz	bilateral	Moskau	Russland, Deutschland
15.02.2022	Lawrow – Rau	bilateral	Moskau	Russland, Polen
15.02.2022	Lawrow – Blinken	bilateral	Telefonat	Russland, USA
17.02.2022	Lawrow – Di Maio	bilateral	Moskau	Russland, Italien
17.02.2022	Blinken – Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen der Mitglieder des Sicherheitsrates, Ukraine	Sitzung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen	New York	Ukraine, Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen
18.02.2022	Lawrow – Dendias	bilateral	Moskau	Russland, Griechenland
19.02.2022	Selenskyj – Scholz	bilateral	München	Ukraine, Deutschland
19.02.2022	Selenskyj – Johnson	bilateral	München	Ukraine, Vereinigtes Königreich
19.02.2022	Selenskyj – Harris	bilateral	München	Ukraine, USA

Zusammengestellt von Olivia Faust und Isaac Holmberg (Stand: 19.02.2022)

CHRONIK

01. – 20. Februar 2022

01.02.2022	Der US-amerikanische Außenminister Anthony Blinken teilt seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow in einem Telefonat die Bereitschaft der USA mit, die Gespräche über Sicherheitsgarantien fortzusetzen. Gleichzeitig bekräftigte er die Unterstützung Washingtons für die Souveränität der Ukraine, und dass eine Invasion Russlands ernsthafte Konsequenzen nach sich ziehen würde. Lawrow fordert von Blinken, den US-amerikanischen Einfluss zu nutzen, um die Ukraine dazu zu bewegen, die Minsker Vereinbarungen in Bezug auf den Konflikt im Donbass umzusetzen.
02.02.2022	Die deutsche »Kommission für Zulassung und Aufsicht der Medienanstalten« (ZAK) teilt mit, dass der russische Auslandssender RT sein deutschsprachiges Programm aufgrund fehlender Sendelizenz nicht mehr in Deutschland ausstrahlen darf. RT DE war im Dezember 2021 mit einer serbischen Lizenz auf Sendung gegangen. RT sieht die deutschen Behörden nicht als zuständig an, da das Unternehmen seinen Sitz in Moskau habe. Die deutschen Behörden argumentieren jedoch, dass RT DE seinen Produktionsstandort in Berlin habe und damit die Medienanstalt Berlin-Brandenburg zuständig sei. Als Reaktion auf das Sendeverbot drohte die russische Regierung mit Maßnahmen gegen deutsche Sender in Russland.
02.02.2022	Der russische Präsident Wladimir Putin und der britische Premierminister Boris Johnson erörtern in einem Telefongespräch die Lage in der Ukraine und die Forderung Russlands nach Sicherheitsgarantien. Putin betonte sein Missfallen über die Verstöße gegen die Minsker Vereinbarungen durch die ukrainische Regierung sowie die mangelnde Bereitschaft der NATO auf Russlands Sicherheitsbedenken angemessen zu reagieren. Beide sind sich jedoch einig, dass eine Verschärfung der Lage vermieden werden muss. Sie betonten die Bedeutung des Dialogs und der Diplomatie.
03.02.2022	Igor Kobsew, Gouverneur der Oblast Irkutsk, ist erneut positiv auf Covid-19 getestet worden. Er arbeite deshalb vorerst aus dem Homeoffice, teilte der Pressedienst der Regierung mit. Kobsew war bereits im Oktober 2020 an Covid-19 erkrankt und im Krankenhaus behandelt worden.
03.02.2022	Nach Berechnungen des britischen Magazins »The Economist« ist der russische Rubel um 70 Prozent unterbewertet. Das Magazin ermittelt seit Mitte der 1980er Jahre jährlich die Preise für einen Big Mac auf der ganzen Welt und vergleicht diese mit dem jeweiligen Wechselkurs. Davon ausgehend, dass der Big Mac ein Produkt ist, das nahezu überall erhältlich ist und überall nahezu gleich viel kosten sollte, gibt »The Economist« an, dass der Wechselkurs des Rubel bei etwa 23 US-Dollar liegen sollte. In den USA kostet ein Big Mac derzeit 5,81 Dollar (etwa 444 Rubel), während er in Russland nur 135 Rubel (etwa 1,77 Dollar) kostet.
03.02.2022	Das russische Außenministerium teilt mit, dass im Zusammenhang mit dem Sendeverbot des russischen Auslandssenders RT DE in Deutschland Vergeltungsmaßnahmen gegen deutsche Medien in Russland ergriffen werden. Dazu gehört die sofortige Schließung des Korrespondentenbüros der »Deutschen Welle« in Moskau sowie der Entzug der Akkreditierung für alle Mitarbeiter. Darüber hinaus wird der »Deutschen Welle« in Russland ein Sendeverbot erteilt. Außerdem plant das Außenministerium die Veröffentlichung einer Liste von Vertretern staatlicher Strukturen in Deutschland, die am Sendeverbot für RT DE mitgewirkt haben und »anderweitig Druck auf RT DE ausüben«. Gegen diese soll ein Einreiseverbot verhängt werden. Die »Deutsche Welle« nannte diesen Schritt »absurd« und will juristisch gegen die Entscheidung vorgehen.
03.02.2022	Der russische Präsident Wladimir Putin und sein französischer Amtskollege Emmanuel Macron besprechen in einem Telefonat die Lage in der Ukraine und Fragen im Zusammenhang mit der russischen Forderung nach Sicherheitsgarantien. Putin wies Macron bei dieser Gelegenheit auf Verstöße der ukrainischen Seite gegen die Minsker Vereinbarungen hin. Beide Seiten einigten sich jedoch darauf, weiter im Gespräch zu bleiben.
04.02.2022	Der russische Präsident Wladimir Putin trifft am Rande der Eröffnungsfeierlichkeiten der Olympischen Winterspiele in Peking seinen chinesischen Amtskollegen Xi Jinping. Im Rahmen dieses Treffens unterzeichnen der russische Erdgasproduzent »Gasprom« und die chinesische »National Petroleum Corporation« (CNPC) einen Vertrag über die Lieferung von jährlich zehn Milliarden Kubikmeter Erdgas aus dem russischen Fernen Osten. Der Vertrag hat eine Laufzeit von 25 Jahren. Außerdem wird eine engere Zusammenarbeit in der Produktion von Covid-19-Impfstoffen vereinbart.
04.02.2022	Der russische Sportminister Oleg Matyzin ist an Covid-19 erkrankt. Dies gab das Russische Olympische Komitee bekannt. Er befindet sich in häuslicher Quarantäne.
05.02.2022	Ab dem 06. Februar 2022 gilt in der Russischen Föderation ein neues Dekret, wonach Schulklassen und Kindergartengruppen erst in Quarantäne geschickt werden müssen, wenn mindestens 20 Prozent der Kinder an Covid-19 erkrankt sind. Bisher galt die Quarantänepflicht bereits bei einem einzigen Krankheitsfall in der Klasse bzw. Gruppe.

07.02.2022	Der russische Präsident Wladimir Putin und sein französischer Amtskollege Emmanuel Macron treffen sich zu Gesprächen in Moskau. Bei einer anschließenden gemeinsamen Pressekonferenz betonten sie Einigkeit darüber, dass die Ukraine den Friedensplan für den Donbass umsetzen müsse. Putin beschuldigte außerdem den Westen, die Ukraine für eine antirussische Politik zu nutzen. Die NATO sei kein friedliches Verteidigungsbündnis, nicht Russland rücke an die NATO heran, es sei umgekehrt.
08.02.2022	Die für heute geplante Siegerehrung für den Eiskunstlauf-Teamwettbewerb bei den Olympischen Winterspielen in Peking wird wegen einer »offenen Rechtsfrage« verschoben. Dies gab das Internationale Olympische Komitee bekannt. Nach Informationen des Magazins »Inside the Games« soll die Dopingprobe der 15-jährigen Russin Kamila Walijewa auffällig gewesen sein.
10.02.2022	Der Gouverneur der Region Altaj, Wiktor Tomenko, ist an Covid-19 erkrankt. Dies bestätigte sein Pressesprecher, Dmitrij Negrejew. Er leide nur an leichten Symptomen und arbeite aus dem Homeoffice.
12.02.2022	Der russische Ministerpräsident Michail Mischustin unterzeichnet einen Auftrag für die Genanalyse des »Omikron«-Stammes des Coronavirus. Medizinische Einrichtungen sollen mit insgesamt 400 Millionen Rubel (etwa 3,4 Millionen Euro) aus dem Reservefonds der russischen Regierung bei der Sequenzierung des Genoms unterstützt werden.
12.02.2022	Der russische Außenminister Sergej Lawrow und sein US-amerikanischer Amtskollege Anthony Blinken erörtern telefonisch die Lage in der Ukraine. Lawrow betont im Gespräch, dass die von den USA und ihren Verbündeten lancierte »Propagandakampagne über die russische Aggression gegen die Ukraine« provokative Ziele verfolge und Kiew ermutige, die Minsker Vereinbarungen nicht einzuhalten. Auch der russische Verteidigungsminister, Sergej Schojgu, und sein US-amerikanischer Amtskollege Lloyd James Austin führen ein Telefongespräch zu Sicherheitsfragen. Einzelheiten wurden nicht bekannt.
12.02.2022	Der russische Präsident Wladimir Putin und sein US-amerikanischer Amtskollege Joe Biden führen ein Telefongespräch zur Lage in der Ukraine. Biden betont darin, die USA seien sowohl bereit, die Spannungen auf diplomatischem Wege zu lösen, aber auch zu anderen Szenarien. Biden warnt Putin, dass die USA gemeinsam mit Verbündeten entschlossen auf eine russische Invasion in die Ukraine reagieren werden.
14.02.2022	Das Bezirksgericht Kirowskij in Jekaterinburg verurteilt den russischen Hacker Konstantin Koslowskij der Hackergruppe »Lurk« wegen Diebstahls mittels Malware zu 14 Jahren Haft. 2017 war er bereits für Hackerangriffe gegen die USA verantwortlich gemacht worden. Das Bezirksgericht verurteilt außerdem 21 Mitangeklagte der Hackergruppe wegen Geldunterschlagung zu Lagerhaft zwischen fünf und 14 Jahren. Die Hacker sollen etwa eine Milliarde Rubel (etwa 11.450 000 Euro) gestohlen haben.
14.02.2022	Der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu teilt mit, dass Militärübungen, darunter in der Barentssee, nahe der Krim im Schwarzen Meer und in der Ostsee teils weiter stattfänden und teils endeten sowie Truppen abzögen. Sie sind Teil eines groß angelegten Manövers von Belarus und Russland, das bis 20. Februar dauern soll.
14.02.2022	Der Chef der Duma-Fraktion »Einiges Russland«, Wladimir Wassiljew, ist an Covid-19 erkrankt.
14.02.2022	Anwälte legen Berufung gegen die Liquidierung der Menschenrechtsorganisation »Memorial«, durch das Moskauer Stadtgericht ein. Das Gericht hatte am 29. Dezember 2021 ein entsprechendes Urteil ausgesprochen. Einen Tag zuvor hatte der Oberste Gerichtshof Russlands die internationale Bildungsorganisation »Memorial« aufgelöst.
14.02.2022	Das internationale Sportgericht CAS erlaubt der russischen Eiskunstläuferin Kamila Walijewa die Teilnahme am Einzelturnier der Olympischen Winterspiele in Peking. Zuvor war die 15-Jährige positiv auf ein Dopingmittel getestet worden.
15.02.2022	Die Zahl der wegen Corona eingewiesenen Patient:innen in russischen Krankenhäusern erreicht mit 21.833 Erkrankten einen neuen Höchststand.
15.02.2022	Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz trifft den russischen Präsidenten Wladimir Putin in Moskau. Statt einen russischen PCR-Test bei der Einreise zu machen, lässt er sich von einer Ärztin der deutschen Botschaft testen. Bei dem Treffen betonen beide Regierungschefs, sie wollten in der andauernden Krise zwischen Russland, Ukraine und Nato diplomatische Verhandlungen fortführen. Wladimir Putin spricht von einem »Genozid«, der im ostukrainischen Donbass stattfinden solle. Scholz kritisiert die Liquidierung der Menschenrechtsorganisation »Memorial«, das Sendeverbot des deutschen Auslandssenders »Deutsche Welle« sowie das Gerichtsverfahren gegen den Kremlkritiker Alexej Nawalny, das rechtsstaatlichen Standards widerspreche.
15.02.2022	Der Kurznachrichtendienst Twitter muss in Russland eine Geldstrafe von drei Millionen Rubel (etwa 34.000 Euro) bezahlen. Das bestätigt das Taganskij-Gericht in Moskau. Twitter war vorgeworfen worden, in Russland verbotene Inhalte nicht gelöscht zu haben.

15.02.2022	Das Lefortowo-Gericht in Moskau eröffnet ein neues Verfahren gegen den russischen Oppositionellen Alexej Nawalny in der Strafkolonie, in der der Kremlkritiker inhaftiert ist. Er steht wegen des Vorwurfs des Betrugs und der Veruntreuung von 2,7 Millionen Rubel (etwa 30.000 Euro) vor Gericht. Eine Beschwerde von Nawalnys Verteidigung, wonach die Anklage widersprüchlich sei, weist das Gericht ab. Nawalny nennt seinen Prozess politisch motiviert. Am Vortag hatte ein Moskauer Berufungsgericht ein Urteil, wonach Nawalny Unwahrheiten über den russischen Oligarchen Oleg Deripaska verbreitet haben soll, bestätigt.
15.02.2022	Wegen steigender Corona-Infektionszahlen verlängert das Gebiet Kamtschatka bis 31. Mai Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie, darunter die Maskenpflicht, Selbstisolation für ungeimpfte Bürger:innen älter als 65 Jahre und die Pflicht zur Nutzung eines QR-Codes bei Großveranstaltungen.
15.02.2022	Der Schweizer Rohstoffhändler Glencore, der als Finanzpartner von und mit Michail Guzeriew »Russneft« gegründet hat, verkauft seine Anteile an dem Ölkonzern. Im Sommer 2021 war Guzeriew von der EU, der Schweiz und Großbritannien wegen Unterstützung des belarussischen Präsidenten Aleksandr Lukaschenka mit Sanktionen belegt worden.
15.02.2022	Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, teilt mit, dass russische Truppen westlicher und südlicher Militärübungsgebiete nach Manövern den Rückzug zu ihren Basen anträten. In östlichen Gebieten und in der Barentssee gehen Militärmanöver weiter, auch in Abstimmung mit Belarus.
15.02.2022	In der andauernden Krise zwischen Russland und der Ukraine nennt Kremlsprecher Dmitrij Peskow Vermutungen der USA, wonach Russland den Nachbarstaat am 15.02.2022 angreifen wolle, »demonstrative Hysterie« und Teil westlicher »Informationsvernichtungskampagnen«. Die USA hatten zudem Bedenken geäußert, Russland könne in der Ukraine Angriffe inszenieren, um ein Eingreifen zum Schutz russischer Staatsbürger:innen zu rechtfertigen. Russland hatte Tausende russische Pässe an Bewohner:innen in den autonomen ostukrainischen Gebiete ausgegeben.
15.02.2022	Die Staatsduma stimmt für einen Resolutionsentwurf, die selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk durch Russland anzuerkennen. Entsprechende Entwürfe waren von Abgeordneten der Regierungspartei Einiges Russland und der Kommunistischen Partei der Duma vorgelegt worden. Putin teilt daraufhin mit, dass Russland dem Minsker Abkommen verpflichtet sei, die Frage der Anerkennung in der russischen Gesellschaft aber ein sehr wichtiges Thema sei. Der deutsche Kanzler Olaf Scholz bezeichnet bei seinem Besuch in Moskau eine mögliche Anerkennung als »politische Katastrophe«.
15.02.2022	Der Gouverneur des Gebiets Transbaikalien, Alexander Osipow, ist ein zweites Mal mit Covid-19 infiziert. Der Gouverneur der Oblast Rostow, Wasilij Golubew, ist ebenfalls positiv auf das Coronavirus getestet worden.
15.02.2022	St. Petersburg hat laut dem stellvertretenden Vorsitzenden des Stadtgesundheitsausschusses, Andrej Sarana, kollektive Immunität gegen Covid-19 erreicht. Mehr als drei Millionen Menschen in St. Petersburg seien einfach geimpft. Vollständig immunisiert sind in St. Petersburg knapp drei Millionen Menschen.
15.02.2022	Russland lehnt eine Teilnahme an der Konferenz der Organisation für Sicherheit und Zusammenhielt in Europa (OSZE) zur Ukraine in Wien ab.
16.02.2022	Russland wiederholt, dass Soldat:innen nach Militärübungen unter anderem aus Belarus, von der Krim und der westrussischen Landesgrenze abgezogen würden und veröffentlicht Bildmaterial im Staatsfernsehen. Der Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg bezweifelt, dass die Bilder den Abzug belegten und damit zur Deeskalation in der Krise mit der Ukraine beitragen. Die Truppen würden hingegen näher an die Grenze zur Ukraine gerückt. Während die USA vor einem Angriff Russlands auf die Ukraine warnen, teilt der Kreml mit, dass die Ukraine die autonomen Gebiete im ostukrainischen Donbass angreifen könnte.
16.02.2022	Das Simferopoler Bezirksgericht auf der Krim verurteilt den ukrainischen Journalisten Wladislaw Esipenko zu sechs Jahren Strafkolonie und einer Geldstrafe von 110.000 Rubel (etwa 1.300 Euro) unter anderem wegen Besitzes einer Granate. Esipenko kündigt Berufung an und sagt, dass sein Geständnis unter Folter entstanden sei.
16.02.2022	Kremlsprecher Dmitrij Peskow bestreitet eine russische Beteiligung an Hackerangriffen auf Banken und das Verteidigungsministerium in der Ukraine.
17.02.2022	Russland weist den stellvertretenden Leiter der US-Botschaft in Moskau, Bartle Gorman, aus. Washington spricht von einer »grundlosen« Aktion, die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, begründet den Schritt mit einer früheren Ausweisung eines russischen Botschafters aus Washington.
17.02.2022	Der Regierungschef Dagestans, Abdulpatach Amirchanow, tritt zurück.
17.02.2022	Das Moskauer Taganskij-Gericht verurteilt Google zu einer Geldstrafe von 3.5 Millionen Rubel (knapp 40.000 Euro). Der US-Internetkonzern hatte dem Gericht zufolge in Russland verbotene Inhalte nicht gelöscht.

17.02.2022	Das russische Verteidigungsministeriums teilt mit, dass weiter Truppen aus Übungsstandorten abgezogen würden, darunter aus der Kursker Region sowie der Halbinsel Krim. EU, Nato und Vertreter:innen der USA widersprechen dem, Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg spricht stattdessen von Truppenaufstockungen. Im Kaspischen Meer startet Russland Militärübungen.
17.02.2022	Russland reagiert auf eine offizielle Antwort der USA zu Sicherheitsforderungen, die der Kreml gestellt hatte. In einem Schreiben fordert Russland unter anderem den Abzug der US-Truppen aus den Nato-Staaten, den Stopp von Waffenlieferungen an die Ukraine und erwägt »militärisch-technische« Maßnahmen. Eine »Invasion« in die Ukraine sei aber nicht geplant, heißt es in der Antwort.
17.02.2022	Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) meldet Gefechte und mehr als 500 Explosionen im ostukrainischen Donbass. Russische Truppen führen Übungsmanöver nahe den Gebieten durch.
18.02.2022	Das Moskauer Ljublinskij-Gericht wandelt eine einjährige Bewährungsstrafe von Oleg Nawalny, Bruder des russischen Oppositionellen Alexej Nawalny, in eine Haftstrafe um. Oleg Nawalny habe gegen Bewährungsauflagen verstoßen, teilt das Gericht laut Interfax mit. Nawalny sei nicht auffindbar. Am Folgetag verklagt Alexej Nawalny die Strafkolonie, in der er inhaftiert ist.
18.02.2022	Russland sendet während der anhaltenden Krise mit Nato und Ukraine keine:n Vertreter:in zur international besuchten Sicherheitskonferenz in München.
19.02.2022	Der belarussische Präsident Aleksandr Lukaschenka besucht den russischen Präsidenten Wladimir Putin in Moskau. Russland und Belarus führen Übungen von Atomstreitkräften durch, darunter auch Raketenstarts. Diese seien eine »Antwort auf den Westen«, sagt Lukaschenka. Zu diesem Zeitpunkt befinden sich Medienberichten zufolge etwa 30.000 russische Soldat:innen auf belarussischen Territorium.
19.02.2022	In der Grenzregion zwischen Ostukraine und Westrussland kommt es der Nachrichtenagentur Interfax zufolge weiter zu Explosionen. Auf russischer Seite in der Oblast Rostow werden zwei explodierte Granaten gefunden. Die russischen Oblasten Woronesch und Wolgograd werden in Alarmbereitschaft versetzt, die Oblast Rostow ruft wegen ankommender Geflüchteter den Ausnahmezustand aus. Bereits am Vortag hatte der Leiter der ostukrainischen selbsternannten Donezker Volksrepublik, Denis Puschilin, mitgeteilt, dass Einwohner:innen aus Donezk wegen der erhöhten Spannungen in die russische Region Rostow evakuiert würden. Aus der selbsternannten Luhansker Volksrepublik in der Ostukraine werden mehr als 13.500 Menschen evakuiert. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) meldet knapp 1.000 Explosionen im ostukrainischen Donbass.
19.02.2022	Der französische Außenminister Jean-Yves Le Drian telefoniert mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow. Le Drian äußert »Besorgnis« wegen der Verstöße gegen die Waffenruhe im ostukrainischen Donbass.
20.02.2022	Der russische Präsident Wladimir Putin und der belarussische Präsident Aleksandr Lukaschenka verlängern entgegen vorheriger Absicht die gemeinsamen Militärübungen. Der Sprecher des belarussischen Verteidigungsministeriums, Wiktor Chrenin, begründet das mit der »Zunahme der militärischen Aktivitäten« im ostukrainischen Donbass. Am Nachmittag teilt Chrenin mit, dass belarussische Raketen-Brigaden nun abzögen. In sozialen Medien zeigen Videos militärische Fahrzeugkolonnen in Oblasten nahe der ukrainischen Grenze, die demnach nicht abziehen, sondern in Grenznähe verlegt werden und aufgestockt worden sein sollen. Medienberichten zufolge versammelt Russland an der Grenze zum Nachbarland das größte Aufgebot an Truppen in Europa seit dem Ende des Kalten Krieges, die Rede ist von deutlich mehr als 130.000 Soldat:innen.
20.02.2022	In der Oblast Woronesch kommen Züge mit etwa 2.500 Geflüchteten aus dem ostukrainischem Donbass an. Der Gouverneur der Oblast, Alexander Gusew, verhängt den Ausnahmezustand. Der Nachrichtenagentur Interfax zufolge, sind mehr als 40.000 Geflüchtete aus der Ostukraine in die russische Oblast Rostow gekommen. Etwa 6.500 Menschen aus der selbsternannten Volksrepublik Donezk sollen sich in vorübergehenden Unterkünften in Rostow befinden. Die Nachrichtenagentur Interfax meldet, dass aus dem Donbass insgesamt mehr als 53.000 Einwohner:innen nach Russland evakuiert worden sein. Auch die Oblasten Wolgograd und Kursk nehmen Geflüchtete auf, auch sie rufen den Ausnahmezustand aus. In den Grenzregionen werden ankommende Geflüchtete gegen das Coronavirus geimpft.
20.02.2022	Kremlsprecher Dmitrij Peskow bezeichnet Äußerungen der USA, wonach Russland die Ukraine und deren Hauptstadt Kiew in der kommenden Woche angreifen könnte, im russischen Staatsfernsehen als »Provokation«.
20.02.2022	Der französische Präsident Emmanuel Macron telefoniert mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin. Macron zeigt sich »besorgt« über die Eskalation in der Ostukraine. Putin lässt mitteilen, dass aus seiner Sicht der Grund dafür »die Provokationen der ukrainischen Sicherheitskräfte« seien. Beide geben an, die Waffenruhe in der Ostukraine mit diplomatischen Mitteln wiederherstellen zu wollen.
20.02.2022	Der russische Botschafter in den USA, Anatolij Antonow, teilt via Facebook mit, Russland plane, wie im Antwortschreiben an die USA vom 17. Februar 2022 angegeben, »keine Invasion« in die Ukraine.

20.02.2022	Der russische Komponist Alexander Kolker, 88, wird bei einem Messerangriff in St. Petersburg verletzt.
20.02.2022	Die US-Botschaft in Moskau warnt auf ihrer Internetseite vor Terroranschlägen in Einkaufszentren, der Metro und Bahnhören in Moskau, St. Petersburg und an der Grenze zur Ukraine. Daraufhin fordert die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Marija Sacharowa eine Erklärung, wie die USA zu der Annahme kämen.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Alena Schwarz und Clara Lipkowski

Sie können die gesamte Chronik seit 2003 (zusätzlich gibt es eine Kurzchronik für die Sowjetunion ab 1964 bzw. Russland ab 1992) auch auf http://www.laender-analysen.de/russland/ *unter dem Link »Chronik« lesen.*

Herausgeber:
Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH

Redaktion:
Anastasia Stoll (verantwortlich)
Chronik: Alena Schwarz
Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens
Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de
Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.
ISSN 1613-3390 © 2022 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: http://www.laender-analysen.de/russland/

LÄNDER-ANALYSEN

Belarus-Analysen Polen-Analysen Russland-Analysen Ukraine-Analysen Zentralasien-Analysen

Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen
Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: http://www.laender-analysen.de/belarus/

Caucasus Analytical Digest
In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html

Polen-Analysen
Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/

Russland-Analysen
Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: http://www.laender-analysen.de/russland/

Russian Analytical Digest
In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html

Ukraine-Analysen
Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: http://www.laender-analysen.de/ukraine/

Zentralasien-Analysen
Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: http://www.laender-analysen.de/zentralasien/